
IASS DISCUSSION PAPER

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)

Potsdam, September 2022

Commons-Public Partnerships

**Neue Kooperationsformen für
die sozialökologische Transformation**

Paul Jerchel, Judith Pape



Zusammenfassung

Die lokale Zusammenarbeit von organisierter Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand gewinnt zunehmend an Bedeutung: in lokalen Transformationsprojekten, in der Wissenschaft und vereinzelt auch in Politik und Verwaltung. Commons-Public Partnerships (CPPs) bieten eine Möglichkeit, diese Zusammenarbeit zu rahmen, zu fördern und auszuweiten. Auf Seite der Zivilgesellschaft zeichnen sich CPPs durch die Praxis des Commoning aus, also gemeinschafts- wie gemeinwohlorientierte Praktiken der lokalen Selbstorganisation. Im vorliegenden Diskussionspapier wird sowohl das Commoning als auch die Form der Kooperation konzeptuell und in der Praxis verortet. Mit einem Fokus auf die Herausforderungen der sozialökologischen Transformation werden Potenzialfelder für den Einsatz von CPPs identifiziert. Darüber hinaus werden konzeptuelle Spannungsfelder beleuchtet.

Entscheidungsträger*innen und Mitarbeitende der öffentlichen Hand können zum Erfolg von Commons-Public Partnerships beitragen, indem sie

- dort, wo Commonsvereinigungen existieren, CPP proaktiv initiieren und an lokalen Herausforderungen der sozialökologischen Transformation ausrichten,
- Programme zur Begleitforschung anhand im Papier ausgeführter konzeptioneller Fragen und Spannungsfelder aufsetzen und
- CPP-unterstützende Strukturen, spezifische Förderung und Weiterbildung in öffentlichen Einrichtungen etablieren.

Leichte Sprache

Commons sind Dinge, die allen zusammen gehören. Weil jeder etwas gibt, haben alle etwas davon. Auch in Städten und Dörfern arbeiten viele verschiedene Menschen zusammen. Das organisiert die Verwaltung. Wenn man Commons und Verwaltung zusammenbringt, gibt es viele Vorteile. Zusammen sorgen sie dafür, dass alle das haben können, was sie brauchen. Jetzt und in Zukunft.

Danksagung

Die Erstellung dieses Papiers erhielt keine Förderung. Wir danken Dr. Dirk von Schneidmesser, Nele Schuff, Cléo Mieulet, Prof. Isabel Feichtner und Johann Steudle für wertvolle Korrekturen und Anmerkungen, sowie den zitierten Commoners und Commonsvereinigungen für die geteilten Eindrücke.

Glossar

Commons | Gemeingüter, die durch eine lebendige lokale Gemeinschaft von Selbstorganisierten (Commoners) verwaltet und gepflegt werden. Siehe S. 12.

Commonsvereinigung | Eine lokale Gemeinschaft von Commoners. Eine Commonsvereinigung ist in der Regel hierarchiearm strukturiert; sie hat gemeinsame Werte und das Ziel, das Gemeinwohl lokal und global zu mehren. Beispiele: Betriebe der solidarischen Landwirtschaft, Nachbarschaftsinitiativen oder Graswurzel-Organisationen. Siehe S. 12.

öffentliche Hand | Staatliche Einrichtungen, die das Leben und die Daseinsvorsorge organisieren, unterstützen und verwalten. Wir meinen hier die jeweiligen Ämter, Behörden und Ministerien von Bund, Ländern und Kommunen, die mit Commonsvereinigungen eine Kooperation eingehen. Siehe S. 7.

Emergente Institution | Eine Institution, die durch die Kooperationsvereinbarung einer Commons-Public Partnership neu geschaffen wird. In Eigentumsverhältnissen, Personal und Budget zeigt sich eine Zugehörigkeit von öffentlicher Hand und Commonsvereinigung zu etwa gleichen Teilen.

Co-Governance | Allgemein ist mit Co-Governance das Teilen von Entscheidungskompetenz gemeint, also der Zugang zu Entscheidungsräumen und -verfahren sowie die stimmberechtigte Teilhabe an den vorgelagerten Willensbildungsprozessen. Wir meinen mit Co-Governance etwas spezieller Kooperationen, in denen die öffentliche Hand der konstituierten Zivilgesellschaft diese Teilhabe vertraglich geregelt, in einem abgesteckten Rahmen kontinuierlich und auf Augenhöhe ermöglicht.

Deliberation | Eine Form fortgeschrittener demokratischer Praxis. In gerahmten Deliberationsprozessen kommen Bürger*innen miteinander oder mit Verwaltung und Politik auf Augenhöhe zusammen. Der Prozess dient der gemeinsamen Betrachtung eines Themas, der Abwägung und der Annäherung. Das Ergebnis deliberativer Prozesse sind häufig qualitativ hochwertige, legitime und gesellschaftlich akzeptierte Entscheidungen.

Suffizienz | Orientierung am Maß des Genügens (von lat. *sufficere*). Bspw. eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, zur Verfügung zu stellen, was gebraucht wird, damit (Grund-)Bedürfnisse befriedigt sind.

Sozial-ökologische Transformation | Wandel bestehender Gesellschafts- und Wirtschaftsweisen zu mehr Gerechtigkeit und Gleichheit innerhalb planetarer Belastbarkeitsgrenzen.

Transformationszentrum | Konzept für eine emergente Institution, die Praktiken und Lösungseigner*innen der sozial-ökologischen Transformation unter einem Dach versammelt. Das Konzept wurde von der Initiative Transformation Haus und Feld für den ehemaligen Flughafen Tempelhof ausgearbeitet. Siehe S. 23.

Mustersprache | Eine Mustersprache ist eine Sammlung von bewährten Verfahren von Lösungen typischer Probleme in einem bestimmten Gebiet. Sie bietet ein einheitliches Vokabular an und hat den Anspruch, in Form und Inhalt leicht zugänglich zu sein. Der Begriff stammt von dem US-amerikanischen Architekten Christopher Alexander. Inspiriert von seiner Mustersprache für Städte- und Häuserbau entwickelte Silke Helfrich gemeinsam mit David Bollier die erste Mustersprache für Commons. Siehe S. 13.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Problemanalyse	7
3. Definition, Abgrenzung und qualitative Merkmale	10
3.1.1 Existierende Commons-Public Partnerships	13
3.1.2 Commoning, oder: das "Wie" in einer Commons-Public Partnership	14
3.1.3 Formelle Konstituierung	15
3.1.4 Langfristigkeit	18
4. Potenzialfelder	21
5. Konzeptionelle Fragen und Spannungsfelder	27
6. Ausblick	30
7. Zur Erforschung des Commoning	32
8. Anhang	33
8.1 Übersicht: Commons-gemäß Organisieren	33
8.2 Commons-Public Partnership Canvas	34
9. Literatur	35
10. Zu den Autor*innen	39

1. Einleitung

Stellen wir uns eine Gesellschaft vor, die die sozial-ökologische Transformation mit Elan angepackt und umgesetzt hat. Sie hätte ihre Lebensumgebung tiefgreifend verändert. Sie hätte fossile Energieträger aus ihrer Wirtschaft, ihrer Politik und ihrer Kultur verbannt. Sie hätte ihre Stoff- und Energiekreisläufe geschlossen, öffentliche Informationen wären *open-by-design*. Und, wenn wir dem aktuellen IPCC-Bericht glauben dürfen, würde sie ihren Wohlstand nicht nur anders verteilen, sondern auch anders definieren. Sie hätte Menschenrechte gestärkt, wäre inklusiver, bunter und wahrscheinlich glücklicher. Aber wie sähe sie dann aus, diese Lebensumgebung? Wie können wir uns etwa die transformierte Stadt vorstellen?

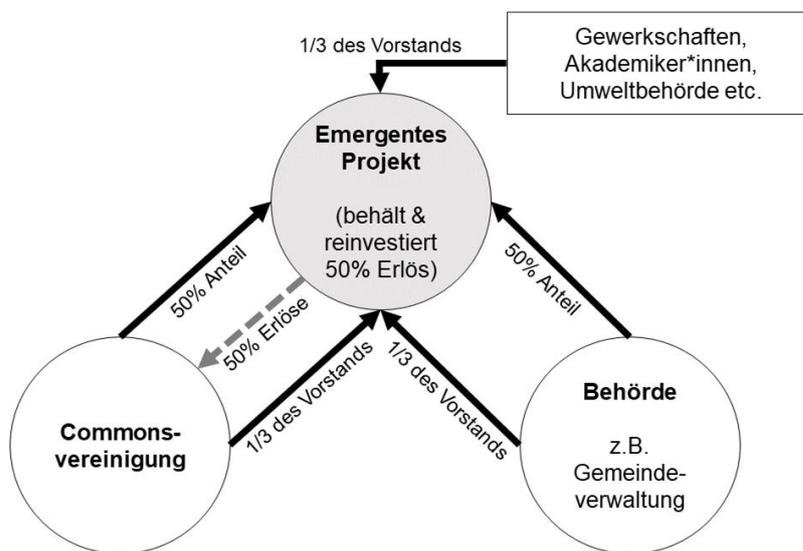
Sie hätte wohl angepasste Infrastrukturen, vielfältig und multifunktional genutzte Räume, entsiegelte Parkplätze für urbane Farmen, Photovoltaik überall, Reparaturwerkstätten und Materiallager in jedem Kiez, Kunst und lebendiges Grün an den Fassaden statt Werbung. Wäre es eine Stadt, in der die Behörden, Senate und Ministerien im Hintergrund bahnbrechende transformative Gesetze verabschiedet und umgesetzt hätten? Sicherlich, aber vor allem wäre diese Stadt das materielle Zeugnis einer Gesellschaft, die aktiv mit angepackt hat, die ihre Nachbarschaft kreativ umgestaltet und lokal funktionierende Lösungen ausgetüfelt hat. Eine schöne Vorstellung, aber nicht nur das. Vom Ziel her gedacht fällt es uns leichter, die Zwischenschritte zum Gelingen dieser sicher unvollständigen Vision zu identifizieren.

Bislang sehen wir nur die Spitze des Eisbergs des zivilgesellschaftlichen Aufbruchswillens. Nicht zuletzt, weil dieser Aufbruchswille aufgrund der gegebenen Strukturen zu oft im Freizeitbereich verbleiben muss. Wenn die Transformation aber auf tatkräftige Unterstützung durch die Zivilgesellschaft angewiesen ist, braucht diese Zivilgesellschaft möglichst schnell (neue) Formen, die es ihr ermöglichen, ihre Tatkraft wirksamer einzubringen. In diesem Diskussionspapier möchten wir Commons-Public Partnerships als administratives Modul vorstellen, das diesen zivilgesellschaftlichen Aufbruchswillen heute schon fördern und in öffentliche Transformationsprogramme integrieren kann. Es soll Interessierte auf das Konzept von Commons-Public Partnerships als Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Commoners aufmerksam zu machen und ihnen einen Einstieg in die bestehende Literatur bieten.

Commons-Public Partnership – was ist das?

Formell liegt eine Commons-Public Partnership (CPP) vor, **wenn eine Commonsvereinigung einen Vertrag bzw. eine Vereinbarung mit der öffentlichen Hand eingeht**. Es stehen also auf der einen Seite eine verfasste Gruppe, die Commoning betreibt – und auf der anderen Seite eine Stadt, Kommune oder ein Bundesland. In ihrer Vereinbarung regeln sie miteinander und auf Augenhöhe **die Bereitstellung von Land und Ressourcen durch die öffentliche Hand** sowie **die Leistung fest umgrenzter Tätigkeiten durch die Commonsvereinigung** in einer Weise, die das Commoning mittel- bis langfristig fördert und absichert. CPPs sind lokal-, kontext- und sektorspezifisch zugeschnitten und können entsprechend ganz unterschiedliche Formen annehmen. Aus der je spezifischen **Kooperationsvereinbarung**, dem Gründungspapier einer CPP, können vollkommen neue Entitäten der kontinuierli-

chen Co-Governance entstehen, etwa Bildungs- und Begegnungsorte, Quartierszentren oder ständige Kommissionen. Mitunter werden diese **emergenten Institutionen** ebenfalls als CPPs bezeichnet. Commons-Public Partnerships formalisieren damit die Kooperation von öffentlicher Hand und Communities und erweitern damit das klassische Einzugsgebiet des "Dritten Sektors" (Evers/Laville 2005, zitiert nach Degens/Lapschieß 2021, S. 21).



Möglicher
Aufbau einer
Public-Common
Partnership nach
Milburn/ Russell
2019, S. 14

Commons-Public Partnerships sind bereits weit mehr als ein Konzept, sondern gelebte Praxis. Damit diese Praxis und ihr Nutzen in weiteren Regionen Anwendung finden kann, flossen in dieses Papier auch Gespräche über Erfahrungen und Gelerntes von Praktiker*innen und Gestalter*innen ein. Unser Anliegen ist es, mit diesem Papier dazu beizutragen, langfristig erfolgreiche Commons-Public Partnerships als einen tragenden und modularen Lösungsbaustein für die vielfältigen und drängenden Aufgaben der sozial-ökologischen Transformation zugänglich zu machen. Vor allem aber formulieren wir in diesem Papier ein Gesprächsangebot an Entscheidungstragende und Young Professionals der öffentlichen Verwaltung, pardon, Gestaltung!

Aus diesem Grund beginnen wir in Kapitel 2 mit einer Bestandsaufnahme von Herausforderungen und Problemen, mit denen sich die öffentliche Verwaltung aktuell konfrontiert sieht. Vieles deutet darauf hin, dass jenen Krisen am effektivsten mit einer Vertiefung von Demokratie und einer Einbindung der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe begegnet werden kann. Kapitel 3 widmet sich der Definition und Verortung von Commons-Public Partnerships und beschreibt ihre qualitativen Merkmale in der Praxis. In Kapitel 4 findet sich ein längst nicht vollständiger Überblick über die vielfältigen Potenziale von Commons-Public Partnerships im Kontext der sozial-ökologischen Transformation. Offene Fragen, Spannungsfelder und Herausforderungen, die wir dabei identifiziert haben, finden sich in Kapitel 5. Ergründen Sie mit uns die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und selbstorganisierten Gemeinschaften als komplementäre Formen zur Bewahrung und zum Auf- und Ausbau von Gemeingütern!

2. Problemanalyse

Öffentliche Einrichtungen von Industrienationen weltweit stehen angesichts gegenwärtiger, ineinander verwobener und sich verstärkender "Polykrisen" (vgl. Homer-Dixon et al. 2021) ökologischer, sozialer und ökonomischer Systeme vor einem Mehrebenenproblem:

- Ihre Arbeitsweise scheint in Außenwirkung und Praxis weniger effektiv als die erfolgreicher Unternehmen. Zudem plagt die öffentliche Hand vielerorts ein eklatanter Fachkräftemangel in neuen wie alten Berufsgruppen.
- Ein Trend zur Kommodifizierung (vgl. Hermann 2021, S. 40 ff.) hat ihre Handlungsfähigkeit beschnitten. Der digitale Wandel, Plattformgiganten und neue Technologien werfen fortwährend Fragen um die Absteckung ihrer Kompetenzen auf.
- Die öffentliche Verwaltung ist trotz Omnipräsenz wenig im Alltag der Menschen verankert und selten Anlass für positive Assoziationen. Ihr Beitrag zum sozialen Zusammenhalt wird in Frage gestellt (vgl. Steinke 2022).
- Ihre bisherige Rolle bei der Transformation hin zu einer Gesellschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Steffen et al. 2015) erscheint reaktiv, stellenweise passiv oder gar kontraproduktiv.

Zeitgleich sind die Nachteile des gewinn- und wachstumsorientierten Wirtschaftens offensichtlich. Gemeingüter haben angesichts der "Reorientierung staatlicher Politik in Richtung des Gewährleistungsstaates" Schaden genommen (Große Kracht/Hagedorn 2021, S. 413). Eigentumskonflikte und Verteilungsfragen erhalten angesichts Fragen der Grundversorgung neuen Auftrieb, während sich die berechtigte Frage nach Klima-Reparationsleistungen an Betroffene der fossil verursachten Schäden weltweit immer lauter stellt.

Die Auslastung öffentlicher Verwaltung und Projektträger in Tagesgeschäft und Mikromanagement verhindert strategische Neuausrichtungen. Und es bleibt die - womöglich irrationale - Befürchtung, transformative, sprich: wirksame Klimaschutzmaßnahmen könnten Teile der Gesellschaft aufbringen. Dabei benötigt es gerade jetzt einen "tiefgreifenden volkswirtschaftlichen Wandel", bei dem vorausschauende öffentliche Investitionen wesentlich für die Mobilisierung der Gesellschaft sind (Brand/Römer 2022, S. 1 ff.). Es zeigt sich "ein Selbstverständnis des Staates, das die eigenen Fähigkeiten zur Problemlösung massiv unterschätzt" (Lepenes 2022) und letztlich bei zentralen Wohlfahrtsaufgaben in "staatliche[m] Unterlassen" (van Dyk/Haubner 2021, S. 113) mündet. Zeitgleich hadern Bevölkerungen mit der "technokratische[n] Arroganz"; wiederholt begehren soziale Bewegungen auch "gegen diese Art der Verwaltung" auf – die "Überplanung" als Modus Operandi, den Status Quo als "antiutopische Form" manifestierend (Terkissidis 2015). Geschaffen sei ein "gigantischer bürokratischer Apparat [...], welcher der Gesellschaft [...] [nicht zeitgemäße] Visionen gewaltsam aufzwang" (Graeber 2017, S. 114). Es brauche daher ein "Insourcing" von Zivilgesellschaft in öffentliche Tätigkeiten (van Dyk/Haubner 2021, S. 156).

In den vergangenen Jahren wurde dem Ausgleich der Demokratie- und Agilitätsdefizite im öffentlichen Sektor im Wesentlichen durch die Einbindung öffentlicher Konsultationen, Crowdsourcings und ko-kreativen Prozessen entsprochen - einer Dynamik, die weiterhin nicht abgeschlossen ist, transformatives Potenzial bietet und einen kulturellen Wandel der Behörden und politischen Entscheidungsfindung mit sich bringen kann. Damit wurde informierten Interessierten und repräsentativ ausgelosten Bürger*innen die Möglichkeit gegeben, sich unmittelbar an der Ausgestaltung ihres Umfelds zu beteiligen; deliberative Gremien wie der Bürger*innenrat Klima boten Beteiligten z.T. Aufwandsentschädigungen, um eine repräsentative Teilhabe unterschiedlicher Milieus zu ermöglichen und auch

prekäre und potenziell unsichtbare Perspektiven auf Verwaltung und Politik in die Prozesse zu inkludieren. Zudem sollen neue, projektbezogene Partner*innenschaften die Zusammenarbeit von Bürger*innen und Verwaltung fördern.

Nichtsdestotrotz bestehen demografische und soziale Verzerrungen bei der Ko-Kreation zwischen öffentlicher Hand und Betroffenen mit lokaler Expertise und Problembewusstsein fort: Im bürgerschaftlichen Engagement stellt sich die "Frage [...] einer zunehmenden klassenspezifischen Spaltung der Zivilgesellschaft in Sorgende und Gestaltende" (van Dyk/Haubner, S. 120). So hat die anlassbezogene, zumeist prekäre und oftmals informelle Mobilisierung unterprivilegierter Freiwilliger eine "doppelte Ausbeutung von Verwundbarkeit und Verbundenheit" (ebenda, S. 122) zur Folge, "ohne dass die strukturellen Bedingungen der Verwundbarkeit überwunden werden" (ebenda, S. 152). Es folge eine Entkopplung von sozialer Sicherung und sozialer Partizipation (ebenda, S. 158), wodurch "soziale Rechte und ihre Institutionalisierung [...] historisch hartnäckig uneingelöst" (ebenda, S. 106) bleiben. Die Gesellschaft als solche beruhe gar "auf einer ungleichen Möglichkeit zur Teilhabe am 'allgemeinen Vermögen' [Commons]" (Loick 2016, S. 55). Forscher*innen, Aktivist*innen und Menschenrechtsorganisationen beklagen zudem eine zunehmende Spaltung in stabilisierendes und legitimierte, bürgerschaftliches Engagement und zunehmend kriminalisierten und verunglimpften, sozialökologischen Aktivismus (vgl. Mayer 2013, S. 163 und Bosch 2020), obwohl diese gleichermaßen Bestandteile politischer Willensbildung und öffentlicher Diskurse sind. Zudem haben bisherige Bürger*innenräte Fragen um Zuständigkeiten und strategischen wie operativen Umsetzung der Beschlüsse aufgeworfen (s.a. Oppold/Renn 2022).

Paradoxaerweise besteht eine der wesentlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung darin, sich dem "Management ihrer eigenen Grenzen" zu widmen (vgl. Luhmann 2021). Angesichts ihrer "Nichteingrenzbarkeit" können sie wohl höchstens an konkreten Herausforderungen und Handlungen definiert werden (vgl. Haude 2019). Doch während diese Debatte jahrhundertlang eine ethisch-ideologische Diskussion um Wohlfahrts- oder Minimalstaat sein konnte, stellt sich diese Frage vor der Mitte des 21. Jahrhunderts neu: Nicht nur bedarf es nach öffentlicher Meinung einer genauen Beurteilung des Verhältnisses öffentlich-privater Partnerschaften und der verbundenen Frage möglicher Kompetenzauslagerung bei der Erfüllung zentraler hoheitlicher Aufgaben, sondern auch die Klima- und ökologischen Krisen stellen eine scheinbar neutrale, per se unterbesetzte Verwaltung vor schier unüberblickbare Mehrebenenfragen der Gestaltung. Im Falle Deutschlands brauche es eine "substanzielle und strukturierte Teilhabe von Bürger*innen in politischen Vorhaben", insbesondere in alltäglichen Kontexten und Infrastrukturprojekten (Nanz et al. 2021). Forschende plädieren deshalb für neue "Institutionen kollektiven Managements" (s. Sinner et al. 2022).

Die Ökonomin Mariana Mazzucato hat jüngst dazu aufgerufen, neue Partnerschaften zu bilden, die "Arbeitenden, Gemeinschaften und Umwelt" zugutekommen und besonderen "Fokus auf die Beziehungsweisen" ihrer Stakeholder legen. Die "Ergebnisoffenheit" müsse ein Merkmal jedes Systemdesigns als auch ihrer praktischen Arbeitsweise sein – um Silodenken zu durchbrechen und empfänglich für Feedback zu sein (vgl. Mazzucato 2020). Auch die Politologin und Philosophin Nancy Fraser sieht es als erwiesen an, dass kapitalistische Gesellschaften nicht mehr in der "bestehenden [...] Trennung zwischen Gemeinwesen und Wirtschaft leben können" und "für beide Extreme Alternativen in Erwägung" gezogen werden müssen, in denen auch "die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion und zwischen menschlicher Gesellschaft und nicht-menschlicher Natur [...] kreativ neu entworfen werden" (Fraser/Jaeggi 2020, S. 237).

Es gilt daher, Formen öffentlicher Partnerschaften herauszubilden und zu fördern, die sowohl die Erfüllung wiederkehrender Daueraufgaben verstetigen als auch deren Fähigkeit zur konsensierten Neuordnung in Krisensituation in resiliente Strukturen überführen können: "Hier können emanzipatorische Perspektiven einer *commonifaction of public services* ansetzen, die [...] nicht die Ressourcen der Zivilgesellschaft aktivieren, um Lücken der Daseinsvorsorge zu schließen, sondern umgekehrt die Gestaltung und Verwaltung sozialer Rechte, Infrastruktur und Daseinsvorsorge [...] vergesellschaften. Im Sinne von Public-Common-Partnerships zirkulieren in diesem Zusammenhang Ideen, die die etablierte Entgegensetzung von Institutionen und Bewegungen aufbrechen, indem sie auf ein *commoning of our*

institutions setzen, um kollektiv organisierte Solidarität zu ermöglichen" (van Dyk/Haubner 2021, S. 158/159) und eine "archetypische, neuartige, municipalistische Intervention" (Russell/Milburn/Heron 2022, S. 20) darstellen. Sie sind damit Teil der Dynamik zur "Erprobung einer neuen Institutionalität, [...] instituierende Praxen und konstituierende Prozesse [...] um Weisen der Verstetigung, Bewahrung, Verknüpfung, Ermöglichung, Umhüllung und Sorge" (Kubaczek/Raunig 2017, S. 8/9) – mit "Gemeingütern als Kerneinrichtung und Orientierung aller anderen sozialen Formen" (Bauwens/Kostakis/Pazaitis 2019, S. 8). Als responsive Verwaltung der offenen Enden wird damit die Erweiterung öffentlicher Tätigkeiten und Gemeinschaftsgüter mit der Reaktionsfähigkeit lokaler Selbstorganisation zusammengeführt. Commons-Public Partnerships sind dabei eine von vermutlich vielen Möglichkeiten, den Rahmen verstetigter Ko-Operation öffentlicher Einrichtungen und gemeinwohltiftender Organisationen abzustecken.

3. Definition, Abgrenzung und qualitative Merkmale

Dass Länder und Kommunen mit einer nichtstaatlichen Organisation ein Vertragsverhältnis eingehen, ist alles andere als selten. Viele Mandate in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, sprich: der Planung oder Instandhaltung staatlich organisierter Grundversorgung, werden regelmäßig per Vertrag an private Firmen vergeben. Etwa im Straßenbau, in der Abfallbeseitigung oder in der Gesundheitsversorgung. Diese Form der öffentlichen Partnerschaft ist bekannt als **Public-Private Partnership (PPP/ÖPP)**.

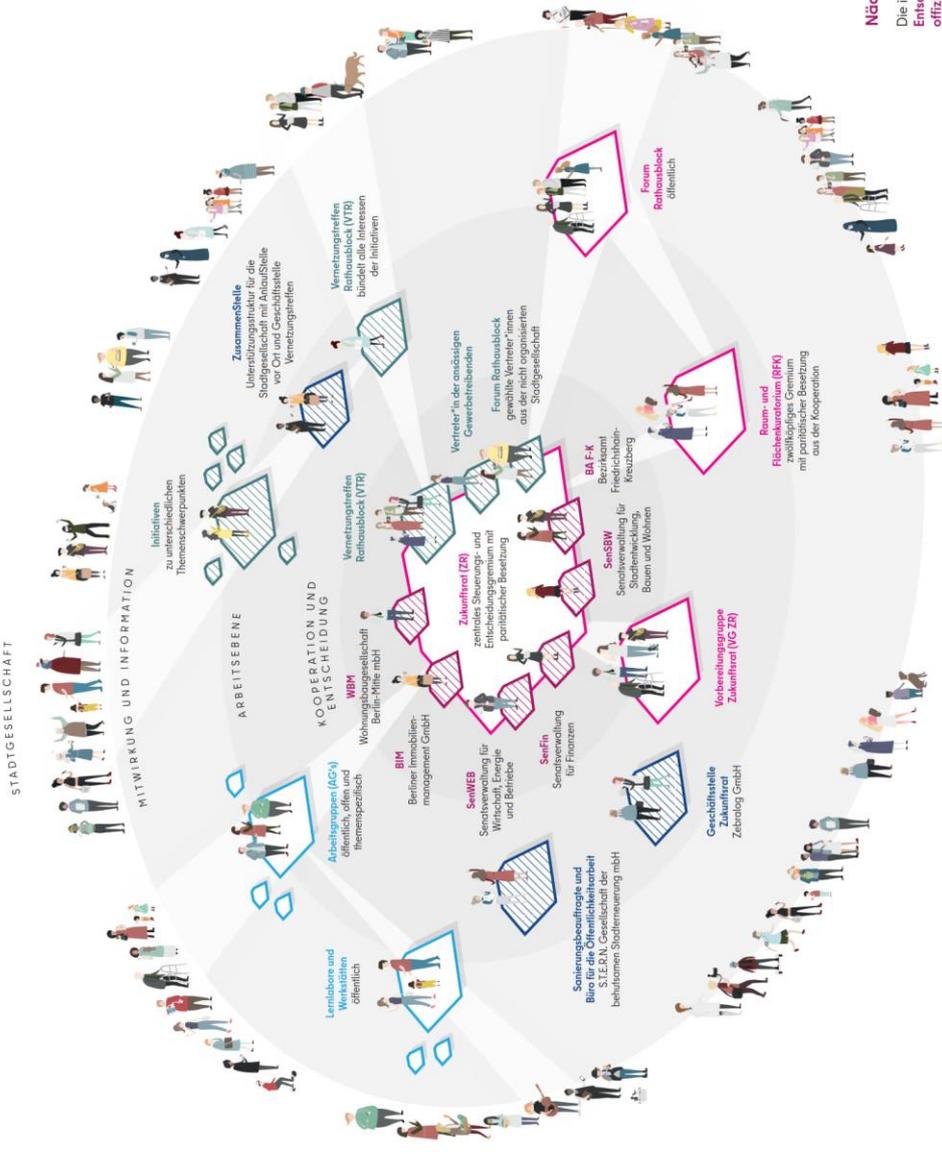
Neben mangelnder Transparenz stößt insbesondere die mit öffentlich-privaten Partnerschaften einhergehende Kommodifizierung öffentlicher Güter auf wiederkehrende Kritik: Vereinfacht gesprochen seien so in der Vergangenheit Gewinne privatisiert worden, während etwaige Verluste in der Regel mehrheitlich durch öffentliche Institutionen und dadurch Steuerzahlende getragen würden (vgl. Hermann 2021, S. 74). Begründet werden ÖPP dagegen meist mit der Gewährleistung marktüblicher Effizienz und Wirtschaftlichkeit in Planung und Betrieb, sowie der flexiblen Einbindung spezialisierter, externer Ressourcen und Problemlösungskompetenz, die seitens der Behörden nicht aufzubringen sei (vgl. bspw. Rufera 2009, Sack 2019). Dabei erweist sich gerade der Fokus auf Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Kontext der Klima- und ökologischen Krisen als krisenverschärfende Beigabe für öffentliches Handeln, da dies wiederum die strukturellen Haupttreiber von Umwelt- und Klimazerstörung sind (vgl. Creutzig 2020, S. 6).

Eine Form der öffentlichen Partnerschaft, die mit der Commons-Public Partnership wesentlich näherkommt, ist die **Public-Civic Partnership (PCP)**. Hier bezieht die öffentliche Hand die lokale Zivilgesellschaft in sie betreffende Belange mit ein, indem sie aktiv Ressourcen und/oder Entscheidungskompetenzen mit ihr teilt. Dies passiert derzeit in der Stadtentwicklung. So wird etwa am **Haus der Statistik** und am Kreuzberger **Rathausblock** in Berlin Entscheidungskompetenz in Fragen der Quartiersentwicklung kontinuierlich geteilt. Stadt, Stakeholder und Anwohner*innen kommen in unterschiedlichen Formaten zusammen und erproben lokal angepasste Formen der gemeinsamen Entscheidungsfindung. Diese PCPs können als enge Verwandte oder auch Vorstufe von Commons-Public Partnerships interpretiert werden, sofern sie, wie im Falle der beiden Beispiele, in der Zielsetzung, Formierung und in ihrem Wesen Aspekte von CPPs abdecken (s. Kap. 3.1.3-3.1.4). In der Praxis sind die Grenzen in einigen Fällen fließend.

- Was machen die Gremien?**
- Zukunftsrat (ZR)**
 - arbeitet nach einer Geschichtsordnung
 - erfasst Beschlüsse im Einvernehmen
 - verbündet Projektkooperationen
 - begleitet die Umsetzung und
 - spezialisierte Arbeitsgruppen vor
 - Orts- und Bereichsgruppen vor
 - und vergibt Arbeitsaufträge
 - Vertreter*innen betreiben im Forum
 - Vorbereitungsguppe Zukunftsrat (VG ZR)**
 - Begleitemium des Zukunftsrat
 - erarbeitet Inhalte und bereitet Themen
 - im Zukunftsrat vor
 - Raum- und Flächenkuratorium (RFK)**
 - arbeitet nach einer Geschichtsordnung
 - programmatische Vorbereitung
 - zur Nutzung und Verknüpfung
 - von Flächen und Räumen
 - Forum Rathausblock**
 - Informations- und Diskussionsplattform
 - tagt alle 2 Monate zu Themenschwerpunkten
 - wählt Delegierte des Forums im Zukunftsrat
 - wählt Delegierte für das Raum- und Flächenkuratorium
- Was machen die Arbeitsgruppen (AGs)?**
- arbeiten mit der Stadtgesellschaft
 - schlagen und bereiten ggf. Lernlabore
 - und Werkstätten vor
 - Gremien
 - Weitere Formate
- Wer arbeitet im Modellprojekt Rathausblock zusammen?**
- Verwaltung(snahe) Akteur*innen
 - Stadtgesellschaft
 - beauftragte Dienstleister*innen

Nächste Schritte

Die im Modellprojekt durch den Zukunftsrat getroffenen Entscheidungen müssen wie jegliche Belange im Anschluss über den offiziellen Weg durch die Entscheidungsebene verabschiedet werden. Die Entscheidungsebene besteht aus der **bezirklichen sowie landeseigenen Verwaltung** (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie weiteren Abteilungen wie der Senatsverwaltung für Finanzen) **politischen Gremien**, wie der Bezirksverordnetenversammlung und dem Abgeordnetenhaus, **und an der Umsetzung beteiligte private Akteur*innen** wie die Wohnungsbaugesellschaft Mitte mbH (WBM) und der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM).



Quelle: Designed by Freepik bearbeitet durch: STERN, GmbH

Strukturen der Zusammenarbeit im Modellprojekt Rathausblock

Commons und Commoning (Gemeinschaften)

Lange wurden Commons (dt. Gemeingüter) als etwas Tragisches angesehen. Eine gemeinschaftlich genutzte Weide, so die Annahme, würde mittelfristig degenerieren, weil sich niemand der Nutzenden um Regeneration und Schonung der Weide kümmern würde. Diese These wurde im 19. Jahrhundert formuliert und im Aufsatz "*The tragedy of the commons*" des Malthusianers Garrett Hardin in den 1960ern aufgegriffen und dadurch einem breiteren Publikum bekannt. Die Annahme, dass Gemeingüter ein tragisches Schicksal ereilt, wenn sie nicht privatisiert werden, stellte sich jedoch schon bald als schlecht recherchiert und verengt betrachtet heraus und wird heute im Fachdiskurs nicht mehr ernst genommen.

Eine nuanciertere Betrachtung erfahren die Commons seit den 1980ern. Seitdem beforscht die US-Amerikanische Institutionenökonomin Elinor Ostrom gelingende Commons Projekte, also Vereinigungen von Menschen, die begrenzte lokale Ressourcen als Kollektivbesitz langfristig verwalten und eine Ressourcenerschöpfung durch selbstentwickelte Maßnahmen verhindern. Ihr praxisfokussierter Ansatz brach mit der abstrakten Betrachtung, die den Diskurs über die Erschöpfung natürlicher Ressourcen bis dahin dominiert hatte:

"Es gibt nicht eine einzige Lösung für ein einzelnes Problem, sondern es existieren [...] viele Lösungen, die mit vielen verschiedenen Problemen fertig zu werden versuchen. Statt vorauszusetzen, optimale institutionelle Lösungen ließen sich mühelos am Reißbrett entwerfen und durch externe Instanzen zu geringen Kosten einführen, behaupte ich, dass die Institutionenfindung ein schwieriger, zeitaufwendiger und konflikträchtiger Prozess ist. Man braucht dazu zuverlässige Informationen über die zeitlichen und geographischen Variablen sowie ein breites Repertoire kulturell akzeptierter Regeln" (Ostrom 1999, S. 18).

Mit dieser Grundhaltung beschrieb sie, welche sozialen Praktiken, welche Regeln, Wirtschaftsweisen und Sanktionen sich als Lösungen für die verschiedenen Probleme der kollektiven Selbstverwaltung in diversen Praxisprojekten und kulturellen Kontexten herausgebildet hatten. Sie war es auch, die die Commons als Lösungen "jenseits von Markt und Staat" einordnete (ebenda) - eine Beschreibung, die bis heute immer wieder aufgegriffen wird. Wiederkehrende Charakteristika von Commons-Institutionen bündelte sie schließlich gemeinsam mit Kolleg*innen in Form acht Designprinzipien (ebenda). Heute schließt ein lebendiger Diskurs von Praktiker*innen, Anthropolog*innen und Ökonom*innen an ihre Arbeit an. "Moderne Commons" bestehen demnach aus natürlichen Ressourcen, produzierten Gütern und Fähigkeiten der beteiligten Individuen und Gruppen (s. Hahnel 2021, S. 101).

Mit der weiteren sukzessiven Verlagerung der Aufmerksamkeit weg von den Commons als Verwaltungsgüter und hin zu den sozialen Praktiken, also dem Tun der selbstorganisierten Communities wird seit den späten 2000ern vermehrt der Begriff des Commoning genutzt (vgl. Euler 2018 und Helfrich/Euler 2021). Commons, so das Credo, entstehen durch Commoning.

Um auch in der Beschreibung der emergenten Vielgestaltigkeit von Commons Gemeinschaften gerecht zu werden, legte die im letzten Jahr verstorbene Commons-Forscherin und IASS-Alumna Silke Helfrich 2021 gemeinsam mit David Bollier und Julia Petzold den ersten Entwurf für eine Mustersprache des Commoning vor. Ihr Anliegen war es, das Phänomen mit all seinen Aspekten in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu verorten und zugleich die drei Wirkdimensionen von lebendigem Commoning abzubilden - im sozialen Leben, in der bewussten Selbstorganisation und bezüglich der Befriedigung von Bedürfnissen: "Sehr verkürzt gesagt: im Umgang miteinander, in Politik und Ökonomie" (Helfrich/Bollier 2019, S. 89). Damit dient die Mustersprache auch für die Anbahnung von Commons-Public Partnerships als Impulsgeberin und Inspiration. Sie bietet nicht nur erfahrungsgesättigte Orientierung für die Commons Gemeinschaft, sondern vermittelt vor allem auch der öffentlichen Hand ein Verständnis der prozessualen Möglichkeitsbedingungen von langfristiger Selbstorganisation lokaler Ressourcen, die im Zentrum der CPP steht.

Wenn wir Public-Civic Partnerships als Kooperationen zwischen öffentlicher Hand und lokaler Zivilgesellschaft fassen, können Commons-Public Partnerships demnach als **Kooperationen von öffentlicher Hand und der commonsgemäß konstituierten lokalen Zivilgesellschaft** betrachtet werden. Was bedeutet das? Commonsseitig zeichnet sie sich durch die langfristige Selbstorganisation gemeinsamer Werte, Ziele, Prozesse und Vertrauensräume aus. Außerdem verfügt sie über legitime Sanktionsmechanismen und ein gemeinsames Verständnis ihrer Grenzen. Die Mustersprache bietet dafür den Begriff der "halbdurchlässigen Membran": Um etwa Trittbrettfahrerei und Vereinnahmung aber auch der eigenen Abschottung entgegenzuwirken, bestimmen und reflektieren die Commoners Lösungen und Prozesse für etwa die Aufnahme neuer Commoners in die Gemeinschaft, für die Nutzung der Gemeinwohlressourcen und für die Beziehungen "nach außen" im Kontext ihrer lokalen Einbettung.¹ In der Kooperation mit der öffentlichen Hand beansprucht die Commonsvereinigung Co-Besitz am gemeinsamen Projekt, also mehr als das oft einseitig gewährte und schwammige Versprechen von "Mitsprache" und die Aufgabe klassischer "Steuerungslogik" (Große Kracht/Hagedorn 2021, S. 414).

Dabei ist abermals zu betonen, dass der Übergang von PCP zu CPP fließend ist. Natürlich verfügt auch jede beteiligte Zivilgesellschaft im Rahmen einer PCP über gewisse Grade von Selbst-Konstitution.

3.1.1 Existierende Commons-Public Partnerships

Aufgrund ihrer fließenden Grenzen ist eine eindeutige Bestimmung der Anzahl existierender CPPs derzeit kaum zu leisten. Mindestens zwei CPP existieren in Großbritannien im Bereich der Stadtentwicklung: Die "Wards Corner" in London, Haringey und die "Union Street" in Plymouth. In den Infokästen auf Seiten 18 und 19 stellen wir außerdem ein in Deutschland existierendes CPP-Projekt und ein CPP-affines Projekt vor. All diese Beispiele zeigen, wie die Praxis des Commoning konkret in lokale öffentliche Planungs- und Daseinsvorsorgeprozesse Einzug erhalten kann (Heron, Milburn, Russell 2021). Die Wards Corner CPP in London dient dabei dem erklärten Ziel, das namensgebende Gebäude als gemeinschaftsgeführte Ressource zu entwickeln und die Umgebung "demokratisch wiederzubeleben" (ebd., S. 7). Dabei stehen die Beziehungen der Menschen im Vordergrund: Die CPP

¹ Commonsvereinigungen sind aufgrund der hier und weiter unten ausgeführten Werte, Prinzipien und Praktiken des Commonings als hierarchiearme, halboffene Gemeingüterpflege eindeutig und zweifelsfrei von anderen (regressiven) Autonomie- und Selbstversorgungstendenzen wie der rechtsextremistischen Reichsbürgerbewegung abgrenzbar (s. auch Abschnitt 3.1.2).

schaftt niedrighschwellige deliberative Räume, damit Stück für Stück mehr selbstentwickelte und -verwaltete Prozesse und Strukturen im Viertel entstehen können. Keir Milburn, Kai Heron und Bertie Russell, drei in Großbritannien arbeitende Commons-Forscher, schreiben dazu: "Das Modell [Wards Corner] verkörpert das Prinzip, dass gemeinschaftsgeführt auch in Gemeinschaftsbesitz bedeuten muss.“ Langfristig wirksame Kooperationen zwischen öffentlichen Entitäten und lokalen Gemeinschaften könnten demnach nicht auf einseitig gewährtem "Dialog" allein fußen. Erst mit einer strukturellen Abbildung in den Besitzverhältnissen am emergenten Projekt sei eine Basis für langfristige und erfolgreiche Co-Governance gegeben (ebenda, S. 8).

Die zweite CPP namens "Union Street" in Plymouth hat das Ziel, das Wohlergehen in der lokalen Anwohner*innenschaft zu erhalten und zu mehren. Anders als Wards Corner agiert sie in unmittelbarer Nachbar*innenschaft von privat besessenen Wohn- und Gewerbeblocks. Dieser Umstand stellt sie vor die Herausforderung, dass eine Aufwertung der Nachbar*innenschaft Gentrifizierungsdynamiken in Gang setzen würde und damit die Gemeinschaft gefährdet, die eigentlich geschützt und erhalten werden soll. Deshalb wurde eine kollektiv verwaltete "Land Bank" (Ltd.) gegründet, die sukzessive Immobilien vom Markt kauft und die demokratische Verwaltung durch die lokale Gemeinschaft organisiert. Dadurch bleibt der Erlös aus der Immobilienwirtschaft bei der lokalen Anwohner*innenschaft zur gemeinsamen Verfügung und die umliegenden Immobilien in der Union Street werden nach und nach dem Markt entzogen, was die weitere autarke Wohlergehenssteigerung ohne Gefährdung der Gemeinschaft ermöglicht (ebd., 13ff).

Milburn und Russell (2019) bzw. Heron, Milburn und Russell (2021) charakterisieren Commons-Public Partnerships auf Basis der beiden Modelle durch folgende Merkmale:

1. *Zusammenkommen unterschiedlicher Wissensformen*: Technische Expertise, gelebte Erfahrung und lokal situiertes Wissen.
2. *Gemeinsamer Besitz an der emergenten Institution*, gemeinsame Zugehörigkeit und gemeinsame Governance von öffentlicher Hand und Commonsvereinigung auf Augenhöhe
3. *Geteilte demokratische Entscheidung* über die Verteilung von Mehreinnahmen, die im Betrieb des emergenten Projekts entstehen.
4. *Gesicherte Langzeitperspektive*, die die Demokratisierung in der Gesellschaft durch die gemeinsame Commoning-Praxis voranbringen soll.
5. *Gemeinsames Verständnis*, dass eine Commonsvereinigung nicht einfach existiert, sondern immer wieder ermöglicht werden muss, indem kontinuierlich Räume für Selbstorganisation, soziales Miteinander, Regeneration und Entscheidungsfindung geschaffen werden.

Im Folgenden möchten wir auf drei Wesensaspekte von CPPs genauer eingehen: Commoning, Langfristigkeit & Co-Besitz und formelle Konstitution.

3.1.2 Commoning, oder: das "Wie" in einer Commons-Public Partnership

Wie im Infoblock erklärt, zeichnen sich Commons Gemeinschaften durch gewachsene Formen der Selbstverwaltung aus. Die Commoners entwickeln bzw. verfügen über Formen und Prozesse, die es ihnen ermöglichen, selbstbestimmt zu wirtschaften, eine gemeinsame Ausrichtung zu finden, ihre Selbstorganisation zu reflektieren und zu modifizieren und Regelverstöße zu sanktionieren. Diese Prozesse sind niemals abgeschlossen, weil sie durch die Commoners auch immer wieder reflektiert und den lebendigen Bedürfnissen und Kontexten angepasst werden. Häufig führt die gemeinsame Praxis

dazu, dass bereits Beschlossenes noch einmal anders arrangiert oder ergänzt wird. Die nachfolgenden fünf beispielhaften Muster des Commoning illustrieren, wie dies in der Praxis aussehen kann:²

- *Poolen, deckeln & aufteilen:* Damit Commons langfristig erhalten bleiben, regulieren Commoners die Verfügung von Ressourcen, die durch Nutzung schwinden. Eine Zuteilungspraxis, die Geben & Nehmen entkoppelt, verbindet drei Elemente: Das Zusammentragen des Verfügbaren, das Festlegen einer Nutzungsobergrenze und das Aufteilen. Hier müssen nicht alle Beteiligten beitragen. Sie erhalten dennoch, sofern möglich, was sie brauchen.
- *Werkätigkeit & (Für-)Sorge gleichwüdig anerkennen:* In einem ganzheitlichen Verständnis vom Tätigsein sind Sorgearbeit und "produktive" Arbeit gleichwüdig. Beide verdienen vielfältige Formen der Wertschätzung, die sich nicht daran orientieren, was wie gut verkaufbar ist. Bezahlung ist nicht das primäre Mittel der Anerkennung. Entscheidend ist, dass Menschen ausreichend Zeit haben, um zu tun, was zu tun ist und dass sie über die Art der Anerkennung selbst bestimmen.
- *Konflikte beziehungswahrend bearbeiten:* In geschützten Räumen werden Konflikte sichtbar gemacht und ihre Gründe nachvollzogen. Durch eine Haltung des Respekts und des gegenseitigen Sorgetragens lassen sich Beziehungen verändern, ohne sie zu kappen. Dabei sind Trennungen nicht ausgeschlossen. Beschwerden beziehen sich nicht auf konkrete Verhaltensweisen oder Inhalte. Geäußerte Kritik geht mit persönlicher Wertschätzung einher.
- *Commons und Kommerz auseinanderhalten:* In Commons ist ein sorgfältiger Umgang mit Geld unabdingbar, um den Zusammenhalt und die intrinsischen Motivationen zu schützen. So werden eigene Ziele über externe - etwa Projektförderkriterien - gestellt. Wichtig ist, dem Verwertungsdruck, der Preiskonkurrenz und der strikten Gegenseitigkeit zu widerstehen. Interne Geldflüsse werden davon entkoppelt, wer wie welche Einnahmen erzeugt.
- *Preissouverän Handel treiben:* Kaum ein Commons besteht im marktwirtschaftlichen Kontext völlig ohne geldvermittelten Austausch. Fairer Handel wird unumgänglich. Dafür müssen Marktpreise ignoriert und alle Produktions- sowie Vermittlungskosten transparent gemacht werden. Commoners bestimmen Preise so, dass sich die Bedürfnisse von Produzierenden, Vermittelnden und Konsumierenden bestmöglich darin spiegeln.

Besonders am Anfang von neuen Commonsvereinigungen stehen für die Commoners intensive Prozesse der Findung von gemeinsamer Ausrichtung und Praxis. Die insgesamt 33 Muster können ihnen dabei helfen, einige der relevanten Fragen zu stellen. Die Lösungen, die in diesen Prozessen entstehen sind jedoch vielfältig und verschieden. Das Kennenlernen und Navigieren in den lebendigen Meinungen und Strömungen ist dabei unverzichtbar, um das Gemeinsame zu finden. Gesa Hatesohl, die diese Prozesse im Hansaforum und der B-Side in Münster begleitet hat, sagt dazu: „das soziale Miteinander führt idealerweise dazu, dass etwas gemeinsames Neues entsteht“.

3.1.3 Formelle Konstituierung

Zur Selbstkonstitution einer kooperationsfähigen Commonsvereinigung gehört die Verfassung in einer Rechtsstruktur. Dazu werden die Werte und Ziele der Gemeinschaft, ihre Mandatsvergabe- und Entscheidungsprozesse und die Rahmenbedingungen der gemeinsamen Produktions- und Reproduktionstätigkeiten in einer Satzung nach innen und außen transparent gemacht. Einerseits ist es günstig, wenn die Commonsvereinigung dabei schon auf ein wenig gemeinsame Praxis und Erfahrung zurückgreifen kann. Andererseits ist es wichtig, auch Raum für Umorientierung zu geben, um auch weiterhin lebendige Co-Governance und die damit verbundene Umorientierung, Reflexion und Veränderung zu erlauben.

² Das volle "Musterkartenset des Commoning" ist je nach Vorrat über den CommonsBlog bestellbar und auch online einsehbar: <https://commons.blog/2020/12/11/jetzt-bestellbar-commoning-oder-wie-transformation-gelingt-eine-mustersprache/>

Mit der formellen Konstituierung findet die Commonsvereinigung idealerweise rechtliche und organisatorische Formen, die ihre vielfältigen sozialen Prozesse nicht hemmen. Existierende Commonsvereinigungen haben bisher auf naheliegende Formen wie die der Genossenschaft (eG) oder des eingetragenen Vereins (e.V.) zurückgegriffen. Aber auch gGmbHs und verwandte Rechtsformen können je nach Vorhaben für Commons-Gemeinschaften andockfähige Rahmenbedingungen bieten. Zu Fragen der commonsgemäßen Organisationsgründung arbeiten im deutschsprachigen Raum derzeit Johann Steudle und Dr. Johannes Euler vom Commons Institut (s. Anhang).

Wenn diese Rahmenbedingungen geklärt sind, ist es für die Commoners leichter, ihren konkreten Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge zu umreißen und aufzuzeigen welcher Gemeinwohl-, Inklusions-, oder Transformationsnutzen aus ihrem Commoning entstehen kann, wenn dieses in öffentliche Förder- und Transformationsprogramme eingewoben wird. Auf dieser selbstverfassten Basis hat die Commonsvereinigung das nötige Selbst-Bewusstsein, um in eine formelle und langfristige Beziehung auf Augenhöhe mit der öffentlichen Hand einzugehen. Organische Beziehungen, Raum zur kontinuierlichen Selbstorganisation und -ausrichtung und die sich so herausbildende halbdurchlässige Membran ermöglichen es ihr, in der Partner*innenschaft eine Balance aus Zuverlässigkeit nach außen und Bedürfnisorientierung und Spontanität nach innen zu wahren. Da die Commoners in den Prozessen der Selbstkonstitution auch ein gemeinsames Verständnis ihrer Kapazitätsgrenzen und der Grenzen ihrer Kooperationsbereitschaft entwickelt haben, wird die Anbahnung einer realistischen gelingenden Commons-Öffentlichen-Kooperation auch aus Perspektive der öffentlichen Hand einfacher.

Sind diese Grade der Selbstorganisation bei Vereinbarung einer Zivilgesellschaftlich-Öffentlichen Kooperation hingegen noch nicht ausreichend vorhanden, kann das die Kooperationsprozesse gefährden und die beteiligten Individuen und Gruppen in Konflikte oder Überlastungssituationen führen. Dies geschah auch im Rahmen der Rathausblock-Kooperation und wird aus Perspektive der Gruppe "Stadt von unten" in einer Reflexion sehr eingängig und lehrreich beschrieben (s. Stadt von unten 2021). Unter anderem wurden dort die Schwierigkeiten offenbar, die entstehen können, wenn der Rahmen für die Zusammenarbeit zu einseitig von öffentlicher Seite konzipiert wird, wenn also, wie in diesem Fall, die Stadt den anfänglichen Rahmen und Inhalt weitgehend vorbestimmt.

Im konkreten Fall führte das auf zivilgesellschaftlicher Seite zum Erleben, den Prozessen „hinterherrennen“ zu müssen. Die politische Gruppe war auf diese Art der Arbeit nicht vorbereitet – sie überstieg die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Initiative. Die Professionalisierung in Teilen der Gruppe führte schließlich dazu, dass die Gruppe auseinanderdriftete und sich zwischen dem Pol großer transformativer politischer Ziele und dem Pol der unmittelbaren Zusammenarbeit mit der Stadt aufrieb. „Stadt von unten“ entschloss sich schließlich 2021, drei Jahre nach Beginn der PCP, in Anerkennung des gemeinsam Erreichten aus dem Kooperationsprozess auszusteigen. Sie schließen ihre Reflexion mit sieben Lektionen/Tipps für die zivilgesellschaftliche Vorbereitung auf Kooperationsprozesse ab.

Für Gestalter*innen der öffentlichen Hand kann eine Auseinandersetzung mit diesen Erfahrungen helfen, in kooperativen Projekten mehr Raum, Verständnis und Förderung für Selbstkonstitution und Selbstorganisation auf Seiten der Zivilgesellschaft aufzubringen und den gemeinsamen Nutzen darin zu sehen. In den Gesprächen der Kooperationsanbahnung geht es dann darum, die Bedürfnisse und Ziele der beteiligten Entitäten kennen zu lernen und auf dieser Basis gemeinsam die emergente Institution oder das emergente Projekt zu formen und die Qualitäten der weiteren Kooperation zu definieren. Die wesentlichen Tätigkeiten zivilgesellschaftlicher Commons werden in der Regel mit der kollektiven Verwaltung der Gemeingüter, der Erbringung von Dienstleistungen und der Unterstützung gemeinschaftsbildender Institutionen zusammengefasst (vgl. van Laerhoven/Barnes, S. 369 ff.). In der Kooperationsanbahnung werden diese Aufgabenbereiche fallspezifisch enger aufgeschlüsselt und aufbereitet. Welche Tätigkeiten übernehmen die Commoners in einer CPP konkret? Welche Erzeugnisse fließen in Verwaltung und Gemeinwesen "zurück"? Übernimmt die CPP ganze Prozesse/Aufgabenfelder oder einzelne Prozessschritte (z.B. Budgetaufteilung oder Konzeptentwicklung)? Zudem: Wie erfolgen geeignetes Monitoring und Evaluierung, die notwendige Freiheiten fürs Commoning und öf-

fentliche Rechenschaftspflichten gleichermaßen berücksichtigen? Die Arbeit an einem eigenen Commons-Public Partnership Canvas (s. Anhang) kann diese Prozesse für die Commoners erleichtern und begleiten.

In ihrem 2019 erschienenen *Commons Manifesto* schlagen Bauwens, Kostakis und Pazaitis dafür das Modell einer *open cooperative* vor - eine Einrichtung, die rechtlich und satzungsgemäß auf die Schaffung von Gemeingütern und gemeinsamen Ressourcen ausgerichtet ist. Offene Kooperativen zeichnen sich dadurch aus, dass sie

- negative externe Effekte intern abbilden,
- Multi-Stakeholder Governance-Modelle anwenden,
- zur Schaffung digitaler und physischer Gemeingüter beitragen und
- sozial und politisch im Hinblick auf globale Belange organisiert, auch wenn sie sie lokal produzieren (Bauwens et al 2019, S. 57).

Im Unterschied zu anderen Formen öffentlicher Partnerschaften, die auf einem reinen Übereinkommen zur Erbringung von (Dienst-)Leistungen beruhen, etablieren sie damit dauerhafte, resiliente und responsive Bündnisse zu Erhalt und Aufbau von Gemeinwesen, was seitens der öffentlichen Hand in der Anbahnung wohlwollend berücksichtigt werden sollte.

B-Side und Hansaforum | Münster, Nordrhein-Westfalen

In Münster hat die Gruppe rund um das Hansaforum gezeigt, wie es mit einer Handvoll Commons-Begeisterten und angemessener öffentlicher Förderung gelingt, Strukturen und lebendige Formate der Selbstorganisation für ein Stadtviertel zu entwickeln.

Über den Zeitraum von zwei Jahren entstanden mit dem Hansaforum zahlreiche Mitmachveranstaltungen und strukturierte Prozesse mit gelosten Quartiersmenschen des Hansaviertels in Münster. Sie entwickelten u.a. ihren lokalen Quartiers-Gemeinwohl-Index, einen Kriterienkatalog für sozialökologische Stadtentwicklungsprojekte, die von den Hansaviertelmenschen als förderwürdig erachtet werden. Die Auswahl und Umsetzung der Viertelprojektförderung organisierte das Viertel im Rahmen von insgesamt sechs sog. Hansa-Konventen mit umfassenden emergenten Governance-Lösungen.

Ein Jahr nach Abschluss dieses Initialvorhabens dauert der Prozess der Selbstkonstitution im Hansaviertel an. Heute kann das "Hansaforum" in Münsters Hansaviertel als Prototyp der Selbstkonstitution eines Viertels angesehen werden, ein inspirierendes Vorbild für Stadtmacher*innen im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus. Nächster Stopp: Das Quartier organisiert sich als Commons. Jetzt, da erste Schritte der Selbstkonstitution gemacht wurden, strebt das Team des Hansaforums eine Verstetigung als Commons-Public Partnership an. Diese Form der Etablierung einer CPP in zwei Stufen – erst modellhafte Selbstkonstitution und dann Verstetigung im Rahmen einer CPP – könnte die Anbahnung weiterer Stadtentwicklungs-CPPs informieren.

<https://hansaforum-muenster.de/>

3.1.4 Langfristigkeit

In kurzfristig konzipierten Partner*innenschaften machen zivilgesellschaftliche Initiativen und Engagierte oft prekäre Erfahrungen, etwa werden sie durch die unsichere Fördersituation in Konkurrenz zueinander gebracht, was ihre eigentliche Stärke, die der lokalen Kollaboration und Inklusion, untergräbt. Oder sie müssen kontinuierlich Zeit und Energie für die Wiederherstellung ihrer Fördersituation aufwenden, bspw. durch das kontinuierliche Schreiben von Förderanträgen - eine Arbeit, die oft unkompensiert, unsichtbar und im Fall der Absage unwirksam bleibt (vgl. McGrath 2012, S. 15f). Dies wiederum belastet die Beziehungen innerhalb von lokalen Initiativen und knüpft die Möglichkeit zur Teilhabe an politischen Prozessen an gesellschaftliche Privilegien, was in der Gesellschaft bestehende Ungerechtigkeitsverhältnisse verstärkt. All diese Umstände erschweren Commoning, also lokale Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme in einer Zeit, in der, wie Simon Mertens von der B-Side bemerkt, „sehr große Teile der Bevölkerung in die Lage versetzt werden müssen, 10-20 Stunden wöchentlich fürs Gemeinwohl zu arbeiten, damit wir eine Chance haben, die großen Krisen der Gegenwart und Zukunft bewältigen können“.

Silke Helfrich erachtete deshalb die langfristige Bestehensperspektive als Bedingung einer CPP. Demnach müsse eine CPP die Absicherung der Commoners ebenso berücksichtigen wie die Eigentumssituation an genutzten Ressourcen, Immobilien und Land. Entsprechend sind öffentliche Hand und Commoners in der Anbahnungsphase einer CPP herausgefordert, sich nach geeigneten Formen der Absicherung ihrer Kooperation umsehen: "etwa durch ein Veräußerungsverbot in privatem Interesse. Oder durch einen Mechanismus ähnlich dem des Miethäusersyndikats. Alle den Rechtsstatus direkt betreffenden Fragen müssten dann im Einvernehmen mit dem „Partner“ – den Commoners – getroffen

werden. Und da es nur zwei Stimmen gäbe, resultierte daraus ein Einigungszwang. Auch beim Erbaurecht können Anleihen genommen werden. Rechtssicherheit für mindestens 99 Jahre. Was im Erbaurecht geht, ist für Commons Public Partnerships nur billig" (Helfrich 2017). Darüber hinaus müsse bei CPPs Ostroms Designprinzip der Langlebigkeit Anwendung finden, das von öffentlicher Seite ein Mindestmaß an "Anerkennung des Rechtes der Nutzer erforderlich [vorsieht], ihre eigenen Regeln zu bestimmen". Zur Absicherung der Commoners wiederum zog sie Modelle wie ein "Bedingungsloses Commons-Grundeinkommen" in Betracht (ebenda). Zusätzlich zu den Besitzverhältnissen und der finanziellen Absicherung der Commoners erfordert eine langfristige Perspektive auch die strukturelle und soziale Reproduktion und Regeneration der Commonsvereinigung. Tim Többe von der B-Side bemerkt dazu: "Unser Projekt war bisher ein Staffellauf. Damit die Prozesse klappen, auch wenn unterschiedliche Menschen in den unterschiedlichen Phasen daran arbeiten, ist es wichtig, Übergaben zu dokumentieren und Wissen die ganze Zeit weiterzugeben. Leider klappt es nicht immer von allein, Stetigkeit herzustellen". Damit die Aktiven sich auf Dauer nicht überlasten, empfiehlt Max Trussat, (ebenfalls B-Side), einen regelmäßigen Kapazitätencheck aller Beteiligten und im Prozess immer wieder zu fragen: "Was brauchst du und was kannst du gerade geben?".

Natürlich brauchen die beteiligten Partner*innen beiderseits zu Beginn Flexibilität und die Möglichkeit, ihre Arbeitsweisen aufeinander abzustimmen, weshalb sich in der Anbahnung die Frage als nützlich erweist, welche essenziellen Prozesse und Festlegungen *in utero*, sprich vor Zustandekommen der Kooperationsvereinbarung konsolidiert werden müssen und welche zu einem späteren Zeitpunkt auf Erfahrungsbasis beschlossen werden können. Bestehende Public-Civic Partnerships können hier als wertvolle Pioniere und Vorbilder angesehen und zur Rate gezogen werden (vgl. Heron/ Milburn/Russell 2021, S. 10).

Vonseiten der Verwaltung erfordern CPPs "dauerhaftes kollektives Engagement" und die Bereitschaft auf Basis des Gelernten Korrekturen und Verbesserungen vorzunehmen (Rendueles 2015, S. 212). Dazu bedarf es einer Erweiterung der "institutionelle[n] Vorstellungskraft, [...] [um] Homogenisierungen in Frage zu stellen und zu fordern, dass die politische Deliberation die Kontingenz unserer praktischen Rationalität respektiert" (ebenda, S. 231). Aber worin liegen die Vorteile für öffentliche Verwaltung, Staat und Gemeinwesen, sich auf diese Art der Kooperation einzulassen? Der Beantwortung dieser Frage ist das nachfolgende Kapitel gewidmet.

Region im Wandel | Waldkappel, Hessen

Die Intention der Initiative „Region im Wandel“ ist es, Strukturen im Werra-Meißner-Kreis (Nordhessen) mit aufzubauen, die es langfristig ermöglichen diverse Lebensbereiche (Wohnen, Ernährung, Energie, Mobilität, etc.) commonsgemäß zu organisieren. So sollen Räume entstehen, in welchen Menschen in ihrer alltäglichen Lebenswelt erfahren können, was Commoning bedeutet.

Ausgangspunkt der Initiative "Region im Wandel" war eine Gruppe junger Menschen, die im Oktober 2020 die leerstehende „Fuchsmühle“ in Waldkappel wieder belebten, und dort das erste Projekthaus der Initiative gründeten. Mit Hilfe der Gründung einer Genossenschaft und vieler unterstützender Menschen konnte die Fuchsmühle kollektiv erworben werden.

Konkrete Projekte, die in den ersten zwei Jahren auf den Weg gebracht wurden, sind beispielsweise Begegnungs- und Teilnehmungsformate wie die Leerstands-AG (eine Arbeitsgruppe mit Bürger*innen und Menschen aus der Lokalpolitik zu der Frage, wie der viele Leerstand in der Region belebt werden kann), Kulturangebote, eine solidarische Landwirtschaft,

eine Lebensmittel-Kooperative, eine Streuobstwieseninitiative, ein Allmendewaldgarten u.v.m.

Ein aktuelles Projekt, welches an die Idee der CPP anknüpft, ist ein über vier Jahre angelegtes Reallabor zu solidarischem Wirtschaften, durchgeführt vom Werra-Meißner-Kreis in Kooperation mit dem *Region im Wandel e.V.* und weiteren Akteuren. Ziel des Reallabors ist es, mit diversen Akteuren der Lokalpolitik und Zivilgesellschaft in den Diskurs über transformative Formen des Wirtschaftens zu kommen. Zudem sollen bestehende Projekte des solidarischen Wirtschaftens vor Ort gestärkt werden, sowie weitere Prototypen und Langzeitprojekte des solidarischen Wirtschaftens in der Neugründung unterstützt werden.

<https://fuchsmühle.org/>

4. Potenzialfelder

CPPs bieten einen flexiblen Rahmen für die Einbettung selbstorganisierender und suffizienter Strukturen in staatliches Gemeinwesen. So können sie zu einem langfristigen Aufwuchs von Gemeingütern beitragen und Feedback-Mechanismen aus der lokalen Umsetzung in Verwaltungsprozessen verankern. Damit haben sie das Potenzial, sowohl (1.) Stabilität als auch (2.) demokratischen Wandel zu stiften:

1. CPP erfüllen mindestens zehn von zwölf Kriterien sogenannter *deep-time organizations*, die große Chancen auf ihr langes Fortbestehen bzw. die Weitergabe ihrer Kultur und Werte haben (vgl. Hanusch/Biermann 2020): In Phasen des Umbruchs stärken deep-time organizations den sozialen Zusammenhalt. Dies tun sie unter anderem, indem sie demokratische Mündigkeit fördern und strukturell verankern.
2. Im Kontext von Transformationsprozessen – sei es nun Stadtentwicklung oder die sozial-ökologische Transformation – helfen CPPs, lokal funktionierende Lösungen zu ermitteln und umzusetzen. Durch das Prozesswissen aus dem Commoning werden real existierende Konflikte, etwa in Nutzungs- oder Entwicklungsfragen zielorientiert und unter Einbeziehung lokaler Besonderheiten ermöglicht und selbstbestimmt durch die Betroffenen abgewogen. Entsprechend stiften CPPs, indem sie das Commoning-Know-how einbeziehen, kontinuierlich erneuerte Legitimation für die nötigen Veränderungsprozesse. Darüber hinaus tragen sie dazu bei, dass Veränderungen den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechend konzipiert sind.

Im Folgenden vertiefen wir einige Potenzialfelder und Ansatzpunkte für die Entwicklung lokaler CPPs im Kontext der Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation.

Vertiefte Demokratie durch gelebte lokale Praxis

Das Beispiel der "Wards Corner" CPP zeigt, wie CPPs dazu beitragen können, dass lokal Räume für Deliberation entstehen und erhalten bleiben. Damit stiften sie Anreize, demokratische Praxis zu üben, politische Bildung und mehr Aspekte des täglichen Lebens im demokratischen Miteinander zu pflegen (Heron; Milburn; Russell 2021,4ff): Konkret wird in diesen Räumen erleb- und erlernbar, dass Entscheidungen auf mehr Akzeptanz treffen, wenn die jeweils Betroffenen dieser Entscheidungen vorab in den Prozess integriert werden. Oder wie sich die Qualität gemeinsam gefundener Lösungen verbessert, wenn auch leise Stimmen im Entscheidungsprozess gehört werden und geäußerte Bedenken konstruktiv aufgenommen werden, bspw. mithilfe konsensorientierter Verfahren. Commonsgemäß organisierte Gruppen finden außerdem oft Wege, situiertes Wissen (Erfahrungswissen im Kontext bestehender gesellschaftlicher Machtverhältnisse) zu zentrieren. So können sich Gruppen gemeinsam gegen diskriminierendes Verhalten und für das Schaffen inklusiver Räume sensibilisieren. Darüber hinaus können CPPs dem vielerorts beobachteten erhöhten Potenzial zur reaktionär-demokratiefeindlichen Vereinnahmung und der Entziehung aus dem soziopolitischen Willensbildungsprozess (vgl. BFV 2022, S. 102 ff. u. Kemper 2022) entgegenwirken. Commons-Public Partnerships könnten diesem Decoupling von Staat und Bürger*innen präventiv entgegenwirken, indem sie Bürger*innen die Möglichkeit zur eigenverantwortlichen Vermittlung von Ressourcen zubilligen und demokratisch legitimierte, dauerhafte Alternativen zu derartigen Trends darstellen.

Commoning fördert Suffizienzpraktiken

Im Kontext der Allmende- und Erdsystemforschung hat die Betrachtung globaler öffentlicher Güter (Global Commons) einen besonderen Stellenwert eingenommen. Mit der rapiden Verschärfung von Klimafolgen wie Extremwetterereignissen werden zunehmende Knappheit und Verteilungsfragen in der Grundversorgung absehbar. Dass dezentral gefördertes Commoning auf vielfältige Weise Ressourcenschonung unterstützen kann, hat 2019 eine Studie des Umweltbundesamts hervorgehoben (Hackforth et al. 2019). Entsprechend sind die Förderung und Ausweitung von Commons ganz allgemein auch in vielen Bereichen sozial-ökologischer Policy-Vorschläge angekommen, u.a. in den Bereichen Lebensmittelproduktion und Ökonomie. Tatsächlich gehört die Empfehlung zur Ausweitung und Wiederentwicklung der Commons in der Degrowth-Literatur zu den zehn häufigsten Politikempfehlungen (Fitzpatrick; Parrique; Cosme 2022, S. 5).

Ermöglichung komplexer Strukturwandelprozesse, die bisher außer Reichweite für Verwaltungen schienen

Spätestens seit der Ratifizierung des Pariser Abkommens durch den Bundestag 2016 ist klar, dass die Transformation hin zu einer Nullemissionengesellschaft im Rahmen des verbleibenden CO₂-Restbudgets von 1,5 bzw. 2°C im Auftragsbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge liegt. In der bundespolitischen Debatte wird diese Herausforderung zu oft auf die Energiewende reduziert, die ohne Frage einen großen Teil der Aufgabe umfasst. Mit dem Zwischenbericht zu 1,5°C machte der Weltklimarat 2018 hingegen erneut klar, dass es sich bei der Transformation um rapide, weitreichende und nie dagewesene Veränderungen in allen Aspekten der Gesellschaft handelt (IPCC SPM 2018). Dabei können nicht alle Transformationsaufgaben in ähnlicher Herangehensweise wie die Dekarbonisierung der Stromerzeugung auf Bundes- und Länderebene zentral gesteuert werden. Die Agrar- bzw. Ernährungswende, die Wärme-, Mobilitäts-, Stoff- und Ressourcenwende etwa können aufgrund ihrer Komplexität zu einem großen Teil nur dezentral auf kommunaler Ebene organisiert und umgesetzt werden. Sie betreffen außerdem sehr viel unmittelbarer das Leben und die Gewohnheiten der Gesellschaft, was die Herausforderungen des Legitimitätsaufbaus mit sich bringt. Nicht zuletzt ist die Aufgabe der sozial-ökologischen Transformation auch eine kulturelle Herausforderung, die nötige Aufbruchsstimmung über Teilhabe und Gestaltung zu erzeugen. Als flexibles administratives Modul haben CPPs bereits bewiesen, dass sie diese Funktion erfüllen, während sie zugleich eine Einbindung der Prozesse in existierende Verwaltungsprogramme gewährleisten.

Von sozial-ökologischen Detaillösungen zu greifbaren dekarbonisierten Lebensstilen

Der jüngste Teilbericht des IPCC-Reports zur Begrenzung der Klimakrise hat sowohl die Notwendigkeit anderen Wirtschaftens als auch das Potenzial dezentraler Technologien hervorgehoben (IPCC AR6 WG3, S. 8-27 f.). Eine übergreifende Vorstellung davon, wie das Leben in Deutschland aussehen kann, wenn diese Lösungen breite Anwendung finden, existiert momentan jedoch nur in Expert*innenkreisen, während im öffentlichen Diskurs ein noch skizzenhaftes oder fragmentiertes Bild vorherrscht. Dabei sind viele der Lösungen in allen Bereichen, von Stadtentwicklung, Mobilität für Stadt und Land, Ernährungssouveränität, Kreislaufwirtschaft bis hin zu Inklusion und Begegnung längst verfügbar. Diese Lösungen sind aufgrund ihrer sozialökologischen Raffinesse und der bestehenden Subventionenpolitik zugunsten fossiler und wachstumsorientierter Unternehmensmodelle oft nicht preiskonkurrenzfähig. Denken wir an Permakulturgärten, kombinierte Anlagen zur Wärmeerzeugung und Bodenkultivierung (PyCCS, vgl. Werner et al. 2022), an gemeinwohlorientierte Kleingewerbe, Repair Cafés – sie existieren, aber im Freizeit- oder prekären Projektfinanzierungsbereich.

Damit dekarbonisierte und klimapositive Lebensstile zu lokal verfügbaren, naheliegenden, komfor-

tableren Lebensstilen werden können, müssen diese Lösungen breiten Teilen der Gesellschaft zugänglich gemacht werden. CPPs können diese Prozesse in Form von dezentralen Transformationszentren in jeder Region beheimaten und hier die wichtige Scharnierrolle von zivilgesellschaftlicher lokaler Anbahnung, administrativer Planung und Ermöglichung und institutioneller Anbindung erfüllen. Durch die Zugänglichmachung möglichst vieler sektorenübergreifender Lösungen und Technologien an einem Ort können sich in Transformationszentren gegenseitige Befruchtungen und Kombinationen von Lösungen ergeben. Ausgestattet mit niedrigschwelligem und kostenlosen Angeboten für die lokale Gesellschaft können diese Lösungen zu tragfähigen Gewerben, Routinen und schließlich Lebensstilen werden.

Wie ein solches Commons-Öffentliches Transformationszentrum für Berlin aussehen kann hat die Gruppe Transformation Haus und Feld auf Basis einer richtungsweisenden Vision von Cléo Mieulet im Detail beschrieben (Skizzen für ein Transformationszentrum 2021). Sie erklärt: „Es gibt keinen billigeren und sichereren Strom als den, den ich mit meinen Nachbarn zusammen produziere und es gibt kein besseres und günstigeres Essen als jenes, welches ich zusammen mit meinen Nachbarn in Brandenburg solidarisch erzeuge – mit Transformationszentren sollen die Kiezgemeinschaften empowert werden, mehr Verantwortung für ihre Lebenswelt zu übernehmen. Viele Bedürfnisse des Alltags können im Kiez über Netzwerke gedeckt werden“. Ihr zufolge kombiniert ein Transformationszentrum das Wissen und Können lokaler Lösungseigner*innen aus den unterschiedlichen Bereichen und Sektoren der sozialökologischen Transformation. Die Lösungseigner*innen werden über das Commons-Öffentliche Transformationszentrum materiell abgesichert, um Bürger*innen kostenlos ausbilden zu können, ihr Wissen am Standort lokalspezifisch weiterzuentwickeln und es mit Lösungsfertigkeiten aus anderen Transformationsbereichen zu kombinieren.

Dezentrale, planvolle und bedarfsorientierte Transformation der Arbeitswelt

Die sozialökologische Transformation ist auf vielfältige Weise an die derzeitige und künftige Strukturierung unserer Arbeitswelt gebunden. Einerseits erfährt sich ein Großteil der Bevölkerung als abhängig von extraktiven, klimazerstörenden und dadurch gewinnbringenden Wirtschaftsbranchen. Denken wir an die Automobilindustrie mit ihren in Deutschland knapp 800.000 Angestellten (BMW, 2021). Die Weiterführung dieser Industrie erscheint vom Standpunkt der Beschäftigten aus verständlicherweise als existenziell notwendig, während sie zugleich zu den emissionsintensivsten und damit letztlich auch für jene Beschäftigten hochgefährlichen Industrien (s.a. Kemp et al. 2022).

Zugleich ist die sozialökologische Transformation im Wesentlichen nicht eine Frage der verfügbaren Arbeit, sondern der verfügbaren Arbeitskraft. Energiewende, Wärmewende, Agrarwende und die Stoffwende stellen die Gesellschaft vor praktische Herausforderungen, die sowohl einen hohen Professionalitätsgrad in aktuell mitunter randständigen Berufsgruppen erfordern als auch eine breite dezentrale Struktur der Verfügbarkeit jener Expert*innen. Laut einer aktuellen Spiegel-Recherche fehlt es für die Energie- und Wärmewende an Elektriker*innen, Anlageberater*innen, Energieberater*innen, Malerbetrieben, an Fachleuten für Photovoltaikanlagen, Lüftungssysteme und Wallboxen. Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima schätzt, dass für den Einbau von Wärmepumpen 60.000 Monteur*innen fehlen, während die Bundesregierung von einem Bedarf von zusätzlichen 400.000 Fachkräften bis 2025 für Klimaschutz und Bau spricht (Dettmer et al 2022, S. 12). Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen jetzt Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen und mitunter gar neue Berufszertifizierungen entwickelt werden. Außerdem müssen die Lösungen lokal angepasst und sektorenübergreifend kombiniert und weiterentwickelt werden.

Mittelfristig werden sich die Sektoren und der Umfang unserer Arbeit im Prozess der umfassenden Dekarbonisierung vom produzierenden Gewerbe weg entwickeln. Das Visionspapier "Zukunft für alle" von Mitarbeiter*innen des Konzeptwerks Neue Ökonomie gibt einen umfassenden Einblick, wie unsere Erwerbsarbeit nach diesen Transformationen aussehen könnte: Eine Stärkung lokaler Dienstleistungen und reproduktiver Tätigkeiten, etwa im Bereich Wiederverwertung und in der regionalen

Lebensmittelproduktion. Sorgearbeit im nahen Umfeld könnte ihnen zufolge das größte Tätigkeitsfeld werden (Pinnow et al 2020).

In Form von lokalen Transformationszentren können CPPs all diese Herausforderungen dezentral angehen. Indem sie 1.) Fachwissen ansiedeln und zugänglich machen und 2.) Ausbildung planungs- und bedarfsgerecht anbieten und 3.) flexibel auf die lokal gegebene wirtschaftliche und soziale Situation und die Bedürfnisse der Lokalgemeinschaft reagieren können, ermöglichen sie es der Gesellschaft die Transformation der Arbeitswelt behutsam zu bewältigen. Die öffentliche Rahmung gewährleistet dabei einerseits einen niedrigschwelligen Zugang zu jenem Fachwissen und andererseits die administrative Steuerung zur gezielten Begegnung von lokalen Fachkräftebedarfen. Durch Gründungsberatungen und Anschubförderung können so jene professionellen Strukturen und Lösungen entstehen und bestehen, die in Einklang mit gegebenen Bedarfen im urbanen und ländlichen Raum einerseits und den planetaren Grenzen andererseits stehen. Mit der Stärkung des Commoning als Selbstorganisationsspraxis dieser Transformationszentren können darüber hinaus wichtige Prozesse zur Harmonisierung und restituierten verbundenen Wahrnehmung pflegender und schöpferischer Tätigkeiten angestoßen werden (vgl. a. Zechner 2021).

Neue Form der lokalen Verwaltung von Infrastruktur

Die Zusammenarbeit öffentlicher Einrichtungen und lokaler Bevölkerung bei der Verwaltung von Gemeingütern und Infrastruktur sowie der Erfüllung von Grundbedürfnissen wurde bereits vielfach aufgeworfen und diskutiert. Commons-Public Partnerships können in diesem Kontext nicht nur in alltägliche Formen der Daseinsvorsorge und Krisen eingebunden werden, sondern zeigen als "soziale Basisinnovationen" (Exner/Kratzwald 2021, S. 187) darüber hinaus verträgliche Transformationspfade gegenwärtiger Formen des Strukturwandels auf. Zudem bergen sie das Potenzial einer "Entbürokratisierung" öffentlicher Aufgaben (Bauwens/Kostakis 2015, S. 4). Commons Public Partnerships können dazu beitragen, eine lokal abgestimmte, adaptive und verantwortungsvolle Nutzung von Wasser, Elektrizität, Wärme und sonstiger Ressourcen der Alltagsökonomie (vgl. Foundational Economy Collective 2019 und Filippo/Jones 2022) wie auch zweckgebundener Finanzen (vgl. Bürger*innenhaushalte) und Arbeitskraft sicherzustellen.

Generationendialog und Aktivierung der Nahwelt für Nachhaltigkeit

Das nachbarschaftliche Umfeld bietet wesentliche Voraussetzungen für die Verbreitung nachhaltiger Lebensweisen und Praktiken (s. Brocchi 2019). Im Bereich des Wohnens und der Quartiersentwicklung können Commons-Public Partnerships eine mit kommunalen Zielen abgestimmte, auf Bewohner*inneneigener Immobilienverwaltung basierende Quartiersentwicklung (vgl. Helfrich et al. 2021) vorantreiben. Commons-Public-Partnerships im Bau- und Immobiliensektor könnten damit zukünftig neben öffentlichem Zubau per "Solidarischer Bauwirtschaft" und Genossenschaften eine weitere Form der Wohnungsgemeinnützigkeit und eine Entwicklungschance für den sozialen Wohnungsbau sein (s. Lawson 2020). Community Land Trusts (CLT), die urbane Liegenschaften in aus Lokalverwaltung, -politik, Bewohnenden und Nachbarschaft zusammengesetzten Gremienstrukturen verwalten, könnten eine rein steuernde Form der Commons-Public Partnerships darstellen. Zudem könnten resultierende kollektive Wohnformen und Co-Housing durch geteilte Gemeinschafts- und Wirtschaftsräume zur Entschärfung von urbanen Flächennutzungskonflikten beitragen, was Gentrifizierung vorbeugen würde.

Leerstandsverwaltung und Stadtentwicklung

Dabei bieten sich verschiedene konkrete CPPs zur Ansprache "glokaler" Phänomene an: In städtischen Siedlungsgebieten könnten Commons-Public Partnerships so beispielweise mit öffentlichen Einrich-

tungen, Quartiersmanagement und etablierten zivilgesellschaftlichen Partnern zur Leerstandserfassung beitragen (s.a. Nassauer/Raskin 2014) und in öffentliche Entwicklungsstrategien als auch den lokalen Kontext eingebettete Nach- bzw. Neunutzungskonzepte entwickeln. Hierbei bieten sich Anknüpfungsmöglichkeiten an existierende Strukturbildungsansätze wie CLT, Hausvereine und andere haushaltsübergreifende Solidarmodelle sowie lokale Nachhaltigkeits- und Infrastrukturvorhaben wie Bürgerenergiegenossenschaften und Superblocks. Ergänzend zu kommunalen Vorkaufsrechten könnten Commons-Public Partnerships somit einem öffentlichen "Transformationsvorbehalt" entsprechen, der künftige Quartiers- und Stadtentwicklung an sozial gerecht ausgestaltete Klimaschutzmaßnahmen koppelt. Zudem könnten sie Anknüpfungspunkt für Defund- und Divestment-Strategien, soziale Absicherung und "Rekonstruktionen kollektiver Verantwortungsübernahme" (Kim 2022) sein, die seit den Protesten gegen rassifizierende Polizeigewalt wie "Black Lives Matter" vermehrt diskutiert werden (s.a. McLeod 2022).

Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz

Mit den hunderttausenden Freiwilligen der Freiwilligen Feuerwehr und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) verfügt Deutschland über starke – wenn auch nicht vollständige – Vorbilder für durch geteilte Ressourcen und unbezahlte Arbeit abgedeckte Grundversorgung. Das Fraunhofer-Forschungsprojekt "Krisenmanagement und Resilienz" (KResCo) empfiehlt zudem die Stärkung von Ad-hoc-Netzwerken und neuartiger Austauschformate im Bevölkerungsschutz und empfahl im Zuge dessen auch die Institutionalisierung von "Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Gruppen" (Fraunhofer Innovation 2022, S. 2). Commons-Public Partnerships könnten hierbei nicht nur die Katastrophenkommunikation im Schadensfall erleichtern und zur Zusammenführung lokaler Lösungsansätze dienen. Insbesondere durch die Zusammenführung agiler und ortskundiger Selbsthilfekompetenzen der Bevölkerung mit überregionalen und spezialisierten Kompetenzen staatlicher Einrichtungen könnten sie zu einer beschleunigten, zielgerichteten und in den lokalen Kontext integrierten Schadensbegrenzung beitragen.

Digitalisierung, Plattformen und transformative Forschung

Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind "Megatrends" des Gemeinwesens. Auch die notwendige Harmonisierung beider Leitmotive bzw. die Einbettung technologischer Entwicklung in soziale und ökologische Grenzen wurde in den letzten Jahren maßgeblich durch zivilgesellschaftliche Gruppen befördert (vgl. bspw. Höfner/Frick 2019); das heutige Verständnis von Commons ist eng mit den Libre- und Open-Source-Bewegungen von Soft- und Hardware verknüpft (Helfrich/Bollier 2014). Quelloffene, teilbare Software tendiert zu niedrigerem Energiebedarf als proprietäre Alternativen (Gröger et al. 2018). Es empfiehlt sich daher, auch die Verknüpfung von Digitalisierungsvorhaben mit Commons-Public Partnerships zu prüfen (vgl. Fuchs 2018), um bestehende Ansätze der Beteiligung gemein(gut)schaffender Gruppen zu verstetigen und externe gemeinwohlorientierte Digitalisierungskompetenzen in die öffentliche Verwaltung einzubinden (s. bspw. "DisCO Framework", Troncoso/Utratel 2020, S. 69 f.). In den Disziplinen der transformativen Forschung und Citizen Science wäre zu prüfen, inwieweit CPPs zu Anbahnung und Transfer von Forschungsergebnissen geeignet sein könnten und bestehende Orte wie die BMBF-Forschungscampus konzeptionell erweitern könnten.

Inklusion in postmigrantischen Gesellschaften

Marginalisierte und diskriminierte Gruppen erleben staatliche Institutionen und Politik oftmals als "stete[n] Angriff auf das Gemeinsame" (Harney/Moten 2016), die situative Hilfskonstruktionen von Gemeinwesen ("Undercommons", ebenda) delegitimieren und stören. Durch eine Anerkennung und den proaktiven Einbezug jener bereits bestehenden Strukturen können CPPs dem entgegenwirken und dazu beitragen, diskriminierungssensible (halb-)öffentliche Räume zu schaffen, "where one feels safe to disagree" (Ólafur Elíasson, zitiert nach Mazzucato 2022). Der Schutz, die Überführung und die

Einbindung jener Strukturen in Commons-Public Partnerships könnte ein wichtiges Element auf dem Weg zu einer inklusiven und diversen Gesellschaft darstellen, indem sie, die Undercommons, gesehen und legitimiert werden und durch Anerkennung auf Augenhöhe eine Erweiterung ihrer Wirkung und Fähigkeiten erfahren. Anknüpfende Studien könnten den Ansatz bspw. im Nexus (post-)migrantischer Erfahrungen, Flucht, Zugang zu Bildung und Wohnraum weiterverfolgen.

5. Konzeptionelle Fragen und Spannungsfelder

Obwohl erste Commons-Public Partnerships existieren und weiteren lokalen Pionierprojekten heute nichts im Wege steht, stellen sich weiterhin einige konzeptionelle Fragen, deren Beachtung kurz- und mittelfristig zum Ausräumen von Hindernissen und langfristig zum Mainstreaming von CPPs in unterschiedlichen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere in den Herausforderungen der sozialökologischen Transformation führen kann.

Brücken bauen bei der Rechnungslegung

In der Commons-Public Partnership begegnen sich zwei unterschiedliche Logiken, die, wie wir hoffentlich aufzeigen konnten, in einigen Bereichen produktiv zusammenarbeiten können. Ein neuralgischer Punkt dieser Zusammenarbeit dürfte die Budgetierung und Rechnungslegung sein. Commoners bekommen öffentliche Ressourcen insoweit sie Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. In Anerkennung ihrer integrativen Kraft und ihres Beitrags zur Vertiefung der Demokratie durch die gemeinsame Praxis kann es im konkreten Anbahnungsfall herausfordernd sein, abzugrenzen, inwieweit nicht das Commoning selbst bereits einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge leistet. Als Vertrauensgemeinschaften sind Commonsvereinigungen routiniert darin, gemeinsam zu wirtschaften und sich dafür in schlüssige und stimmige Formen zu etablieren. Die Partner*innenschaft im emergenten Projekt oder der emergenten Institution verlangt es nun von ihnen andererseits, ihre Prozesse bis zu einem gewissen Grad zu quantifizieren und zu formalisieren.

Im konkreten Anbahnungsfall treffen damit zwei der großen Stärken des Commoning, die Multifunktionalität und die Flexibilität der Selbstorganisation, auf die Herausforderung der Schematisierung und Einfügung in öffentliche Planungsroutinen. Wie quantifiziert man Entscheidungsprozesse? Wieviel Monatsbudget wird für *Community Care* gebraucht, für Konfliktmediation und Reflexion? Wie kann ein gewisses Maß an Redundanz in einer CPP berücksichtigt und gefördert werden? All diese Aspekte von Commoning sind nicht einem bestimmten Nutzen, einem bestimmten Prozess oder Ziel zuzuordnen, es ist die Community als Ganzes, die sich damit selbst erhält und kontinuierliche die Bedingungen einer gelingenden CPP herstellt. Entsprechend sollte sie auch als Ganzes Anerkennung und Förderung erfahren. Auch eine zu enge Zweckbindung der Förderung kann dazu beitragen, dass die Flexibilität der Commonsvereinigung limitiert wird, etwa wenn an der einen Stelle Mittel übrigbleiben, aber an anderer Stelle Bedarfe entstehen, wie Aktive aus der B-Side in Münster berichten. Dieses Entgegenkommen muss nicht in einem einseitig gewährten Vertrauensvorschuss münden. Vielmehr geht es darum, gemeinsame Formen der Rechenschaft (*community accountability*) zu erproben, die eine Balance zwischen Planbarkeit, Nachvollziehbarkeit und Flexibilität finden.

Absicherung der Commoners

Bisherige Erfahrungen legen nahe, dass Commoner-seitige Vollzeitstellen zur Initialisierung und Betreuung der CPP zur Re-Etablierung klassischer Projektträgerstrukturen führen können. Erstrebenswert scheint daher, Commoning bereits in der Aufbauphase konsequent zu praktizieren, was neben der Fortführung bisheriger Beschäftigungsverhältnisse genügend Freiraum für zentrale Beteiligte erforderlich macht. Hierbei wäre das Verhältnis von Haupt- und Nebentätigkeit tiefer zu ergründen. Künf-

tige Arbeiten sollten erörtern, wie sich die Commons-Public Partnerships mit der Erprobung des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), der Vier-Tage-Woche und verwandten Ansätzen verknüpfen ließe. Ebenso sollten etwaige Diskriminierungseffekte durch demografisch verschieden verteilten Zeitwohlstand Beachtung finden.

Commonsvereinigungen strukturell ermöglichen

Es gibt ohne Frage einige Commonsvereinigungen in jeder Region Deutschlands, die in ihrer Selbstorganisation auf ausreichend soliden und erfahrenen Füßen stehen, um direkt in CPP-Anbahnungsprozesse einzutreten. Dennoch sind die Grade der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation aktuell nicht gegeben, um CPP in der Breite kurzfristig auszurollen. Nach Dekaden neoliberaler Politik sind nicht nur die Gemeingüter im öffentlichen Raum rar geworden, sondern auch die lokalen Gemeinschaften atomisiert (vgl. Heron/Milburn/Russell 2021). Bis heute wirkt neoliberale Politik als Treiber der Individualisierung, des Outsourcings, der Ökonomisierung sozialer Beziehungen, der Selbstoptimierung und der Vereinsamung. So verunmöglicht sie den Aufwuchs von tragfähigen, resilienten lokalen Commons Gemeinschaften. Eine Politik, die die Kraft von Commons-Public Partnerships nutzen möchte, sollte heute in erster Linie daran interessiert sein, diese Treiber außer Kraft zu setzen und ihnen Maßnahmen der lokalen Gemeinschaftsbildung entgegenstellen. Etwa indem ein bedingungsloses Grundeinkommen eingerichtet wird, indem lokale Projekte der Quartiers-Selbst-Entwicklung gefördert werden. Und indem existierende Strukturen der gegenseitigen Hilfe (Undercommons, s.o.) anerkannt und ermöglicht werden. Ausgestattet mit einem intersektionalen Grundverständnis kann es so gelingen, die organisationale Basis für ein Mainstreaming von CPPs zu schaffen, die in der realen Vielfalt lokaler Lebensumstände verankert sind.

Eine Ausnahme bilden hier einige soziale Bewegungen: Klimagerechtigkeitsgruppen etwa gelingt es seit 2015, tragfähige Strukturen für eine eigene Governance zu erhalten. Lokal organisiert findet sich heute in jeder mittelgroßen Stadt ein Geflecht von Strukturen, das Community-Building anstößt, Entscheidungen trifft, Veranstaltungen und Demonstrationen organisiert und Vernetzung betreibt. Bislang sind diese Strukturen darauf ausgerichtet, Druck auf Politik und Verwaltung auszuüben, damit diese die Transformation umsetzen. Allerdings wäre es auch möglich, diese Strukturen in die Verantwortung der Umsetzung einzubeziehen. So können Lokalgruppen von Bewegungen den zivilgesellschaftlichen Ansatzpunkt für die Bildung einer lokalen emergenten Institution fungieren (vgl. Milburn/Russell 2019).

CPPs und ihre Kosten

Schließlich stellt sich die berechtigte Frage, inwieweit die Verwendung öffentlicher Gelder für die Unterhaltung von CPPs mit einem öffentlichen Interesse zu rechtfertigen und zu legitimieren ist. Da CPPs helfen, lokal legitime Lösungen zur Anwendung zu bringen, können sie gegen die Einsparungen gerechnet werden, die anfallen, wenn zivilgesellschaftliche Abwehr gegen als illegitim angesehene Politik wegfällt. Sascha Kullak, einer der Sprecher des Hansaforums, etwa hebt die Bearbeitungskosten hervor, die der öffentlichen Hand bei Klagen gegen Infrastrukturprojekte regelmäßig entstehen.

Sofern entstehende CPPs sozialökologische Ziele verfolgen, können sie überdies gegen die Klimafolgekosten gerechnet werden, die durch weiter verschleppte transformative Politik entstehen. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass mit der Anpassung von Subventionspolitiken an Klimaziele vormals fossile Förderungsposten für die Investition in Gemeingüter und ihre lokale Selbstverwaltung frei werden. In Anerkennung des vielfältigen Gemeinnutzens, der durch die Förderung von Commons ganz allgemein entsteht, könnte zudem eine gezielte Besteuerung jener Entitäten und Prozesse konzipiert werden, die bislang von der Vereinnahmung und „Vernutzung“ von Gemeingütern profitieren.

CPPs, Haftung und Recht

Wie oben ausgeführt, können Commons sich selbst konstituieren und Vereinbarungen mit öffentlichen Einrichtungen treffen. Nichtsdestotrotz werfen Commons-Public Partnerships Fragen der Verantwortlichkeit (Haftung) und formeller Gemeinnützigkeit auf, die z.T. durch Hilfskonstruktionen aus herkömmlichen Körperschaftsformen abgedeckt werden. Ihre Rolle in den "solidarische[n] Perspektiven im Recht" (Röhner 2021) ist deshalb und angesichts anschlussfähiger Diskussionen ums "Verantwortungseigentum" oder operativ durch Zivilgesellschaft geführter Anstalten des öffentlichen Rechts als betriebswirtschaftliche Formen der Missions- statt Gewinnerorientierung (s.a. Lomfeld 2021) hinsichtlich transformativer Rechtsgestaltung gesondert zu diskutieren.

Private Investitionen in CPP und die Grenze zur Vereinnahmung

Entgegen privater – und damit gewissermaßen willkürlicher – Ausgleichsstrukturen defizitärer staatlicher Versorgung (wie Philanthropie) erzielen CPPs die "Ent-Aneignung, [also] die Etablierung von Bedingungen, unter denen für niemanden mehr eine exklusive Aneignung [...] möglich ist" (Loick 2016, S. 120). Hier bleibt zu diskutieren, inwieweit gegenwärtige private Förderstrukturen wie Stiftungen dennoch als mögliche Co-Initiator*innen von CPPs hinzugezogen oder aktiv werden können, ohne emergente Institution (die *embodied mission*) oder die Commonsvereinigung zu vereinnahmen. Können etwa private Stiftungen zur Anstoß- und/oder Dauerfinanzierung von CPPs dienen, wenn öffentliche Haushalte zu knapp sind oder politische Mehrheiten fehlen? (Wie) ließe sich die CPP vor Vereinnahmung schützen? Dies könnte womöglich durch die finanzielle oder anderweitige Förderung ohne übliche Übereinkünfte zur Namensnennung oder Logo-Präsentation einhergehen. Auch eine CPP-spezifische Festlegung durch die beteiligten Commoners scheint denkbar, in denen sämtliche den Beteiligten der CPP größtmögliche Autonomie und die Selbstfestlegung von Rechenschaftspflichten obliegt.

6. Ausblick

Öffentliche Aufmerksamkeit und die Beimessung von Ressourcen sind wesentlich für die Initiierung und den Fortbestand von Commons-Projekten sowie deren Wirksamkeit in der Gesellschaft (vgl. Fuchs 2020, S. 307). Mit diesem Papier wollen wir eine bis hierhin repräsentative, wenn nicht umfassende Literaturübersicht über Commons Public-Partnerships gegeben haben und – darauf aufbauend – ein eigenes Verständnis des transformativen Potenzials von CPP etabliert haben: Commons-Public Partnerships bieten in Teilen das Potenzial, öffentliche-private Partnerschaften – vor allem im Bereich der Grundversorgung zu ersetzen – oder ihre unter Umständen Gemeingut mindernde Dynamik auszugleichen und Feedbackmechanismen einzubinden. Vor allem aber bieten sich auch eigene, völlig neue "Einsatzgebiete" und Anwendungsfelder, die mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben bisher defizitär verwoben, unterbesetzt, nicht adäquat repräsentiert oder eingebunden sind. Zudem können sie zur Auflösung bestehender sozialer Konfliktlinien beitragen, die bisher sozialökologische Entwicklungspfade zu blockieren scheinen.

CPPs dienen dabei nicht dem Zweck, den Staat oder die Verwaltung bzw. ihre Mandate zurückzubauen. Im Gegenteil: Ihre gemeinwohlstiftende, demokratisierende Wirkung können CPPs nur erfüllen, sofern sie in gelebter lokaler Gemeinschaft ebenso verbunden und verwurzelt sind wie in Programme, Routinen und Ziele der öffentlichen Hand. Allerdings ist es möglich, dass eine behutsame Ausweitung und Entwicklung dieser Form der Kooperation mittelfristig dazu beitragen, gegebene Logiken der Anerkennung, der Problemlösung und der Aushandlung zu wandeln – sowohl auf zivilgesellschaftlicher, als auch auf öffentlicher Seite.

Entscheidungsträger*innen und Mitarbeitende der öffentlichen Hand können – im Interesse ihrer Institutionen handelnd – zum Erfolg von Commons-Public Partnerships (CPP) beitragen, indem sie

- dort, wo Commonsvereinigungen existieren, CPP proaktiv initiieren und an lokalen Herausforderungen der sozialökologischen Transformation ausrichten,
- Programme zur Begleitforschung anhand im Papier ausgeführter konzeptioneller Fragen und Spannungsfelder aufsetzen und
- CPP-unterstützende Strukturen, spezifische Förderung und Weiterbildung in öffentlichen Einrichtungen etablieren.

Neben der Erprobung, Erforschung und Einbindung vielfältiger Arten von Commons-Public Partnerships sollte zudem geprüft werden, in welcher Form die strategische Erschließung von und Aufsicht über CPPs administrativ verankert werden kann. Dies sollte sowohl den Aufbau personeller Kompetenzen als auch die Integration in bestehende Behörden oder deren eigenständige Institutionalisierung umfassen. Bisherige Interventionen im britischen Raum schlagen zudem die Schaffung eines auf Bundesebene angesiedelten Commoning-Büros (*National Office for Commoning*) vor (Milburn/Russell 2019, S. 23 f.). Die Ausgestaltung und Übertragbarkeit von CPPs dürfte zudem eine relevante Aufgabe der multilateralen *Science Diplomacy*, nationaler und internationaler Innovationsagenturen, sowie der internationalen Zusammenarbeit in der Programmgestaltung der Europäischen Union und der Vereinten Nationen sein.

Auch wenn Commoning zur Ressourcenschonung beitragen kann (Hackforth 2019, S. 22 f.) und als ein wirksames Mittel zur Abkehr vom Wachstumsparadigma diskutiert wird (vgl. Fitzpatrick/Parrique/Cosmea 2022), existiert keine gesicherte Datenlage über exakte Einsparpotenziale durch gemeinschaftliche Praktiken. Neben evidenten Effekten des Teilens nicht durchgängig genutzter Res-

sources (vgl. Peters/Adamou 2022) liegen daher die wesentlichen, transformativen Beiträge von Commons-Public Partnerships in der Rekonfiguration sozialer Beziehungsweisen, der Wahrung eines handlungsfähigen Gemeinwesens und der Subsistenz. Parallel muss daher eine schnellstmögliche Dekarbonisierung aller Gesellschaftsbereiche erfolgen, der maßgeblich durch Verschiebung fossiler Subventionen zu existenzlaubenden Alternativen bei Technologien und Verbrauchsgütern, der Minimierung von Überverbräuchen und konsequente Renaturierung (*Rewilding*, s.a. Perino et al. 2019) entsprochen werden kann.

7. Zur Erforschung des Commoning

Wir, die Autor*innen dieser Veröffentlichung, sehen bereits heute besonderes Potenzial in der Erprobung und Verstetigung von Commons-Public Partnerships, deren vielfältiges Einsatzspektrum und Integrierbarkeit in bestehende Entwicklungsstrategien der Bundes- wie Lokalpolitik. Nichtsdestotrotz könnte die Umsetzung von Commons-Public Partnerships durch transformative Begleitforschung unterstützt werden, die die Zielorientierung und Umsetzbarkeit besonders beleuchten (vgl. Renn 2022) sowie Misch- und Transferformen aus Staat, Wirtschaft und Bevölkerung untersuchen. Auf inhaltlicher Ebene können CPPs mit offenen Werkstätten, FabLabs, Transformationszentren, Citizen Science, Commons-based Peer-Production und -Innovation, Kreislaufwirtschaft und nachhaltiger Technikgestaltung sowie öffentlicher und supranationaler Infrastruktursicherung, Entwicklungszusammenarbeit, Resilienzforschung, Subsistenzwirtschaft und Ressourceneffizienz verbunden werden.

Dabei gilt es, die Kompatibilität und gegenseitige Befruchtung von Verwaltungspraxis und Commoning zu untersuchen, ebenso wie die Bruchlinien und Reibungspunkte. Im Bereich der Sozialforschung und der sozialen Arbeit gibt es einige wenige Untersuchungen zur Wirkung von „Verwaltungslogiken“ auf lokale Initiativen und Commons. Hingegen ist noch weitgehend unerforscht, wie Praktiken des Commoning in der Administration aufgenommen werden. Wie werden sie angepasst und weiterentwickelt? In welchen administrativen Bereichen fassen sie Fuß?

Transformative Begleitforschung kann dabei auch als unterstützende Mittlerin auftreten. Beispielhaft zu erwähnen ist hier die erste Law Clinic zu Common-Public Partnerships im deutschsprachigen Raum, die im Wintersemester 2021/22 an der Universität Würzburg unter der Leitung von Prof. Dr. Isabel Feichtner stattfand (2021). Hier wurden in ko-kreativen Prozessen mit Commoners und Studierenden relevante Rechtsfragen entwickelt, die dann projektspezifisch in Form von Kurzgutachten (Orientierungshilfen) annäherungsweise beantwortet wurden und teilweise in Anträgen an die Stadt mündeten.

Madjlessi-Roudi (2022) beschreibt, dass die Übernahme der Commons-Paradigmen im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit zur Auflösung problematisierter Machtverhältnisse der (u.a. deutschen) Diplomatie dienen, extraktivistische Tendenzen minimieren und mittelfristig zu einer Aussöhnung beitragen können. Die für diese Publikation gesichtete, überwiegend deutsch- und englischsprachige Literatur enthielt wenig Anknüpfungspunkte zu indigenen und postkolonialen Perspektiven. Weitere Arbeiten könnten sich darum bemühen, derartiges Wissen zu sichten und auf Anschlussfähigkeit zu prüfen. Als erster Ausgangspunkt könnten die Prinzipien des Autonomes Designs dienen (s. Escobar 2018, S. 184 ff.).

Ergänzend zu bestehenden, benachbarten Sonderforschungsbereichen und Forschungseinrichtungen scheint es zudem im Interesse zahlreicher Stakeholder zu liegen, "Commoning" verstärkte wissenschaftliche und forschungspolitische Aufmerksamkeit zukommen zu lassen und erstrebenswert, dessen strategisches Momentum zur Ansprache sozioökologischer Konflikte aufzugreifen. Hierbei wäre auch die Anschlussfähigkeit an interdisziplinäre Wissenschaftszweige der Komplexitäts- und Netzwerkforschung wie der Computational Social Sciences sowie verwandte Begrifflichkeiten wie kollektive Intelligenz und *collective management* (s.a. Malone/Berstein 2015 und Sinner et al. 2022) zu prüfen, um beispielsweise die Mustersprache des Commoning mathematisch zu formalisieren und mit bestehenden naturwissenschaftlichen Simulationsansätzen wie Social Physics, agentenbasierter Modellierung und anderen zusammenzuführen.

8. Anhang

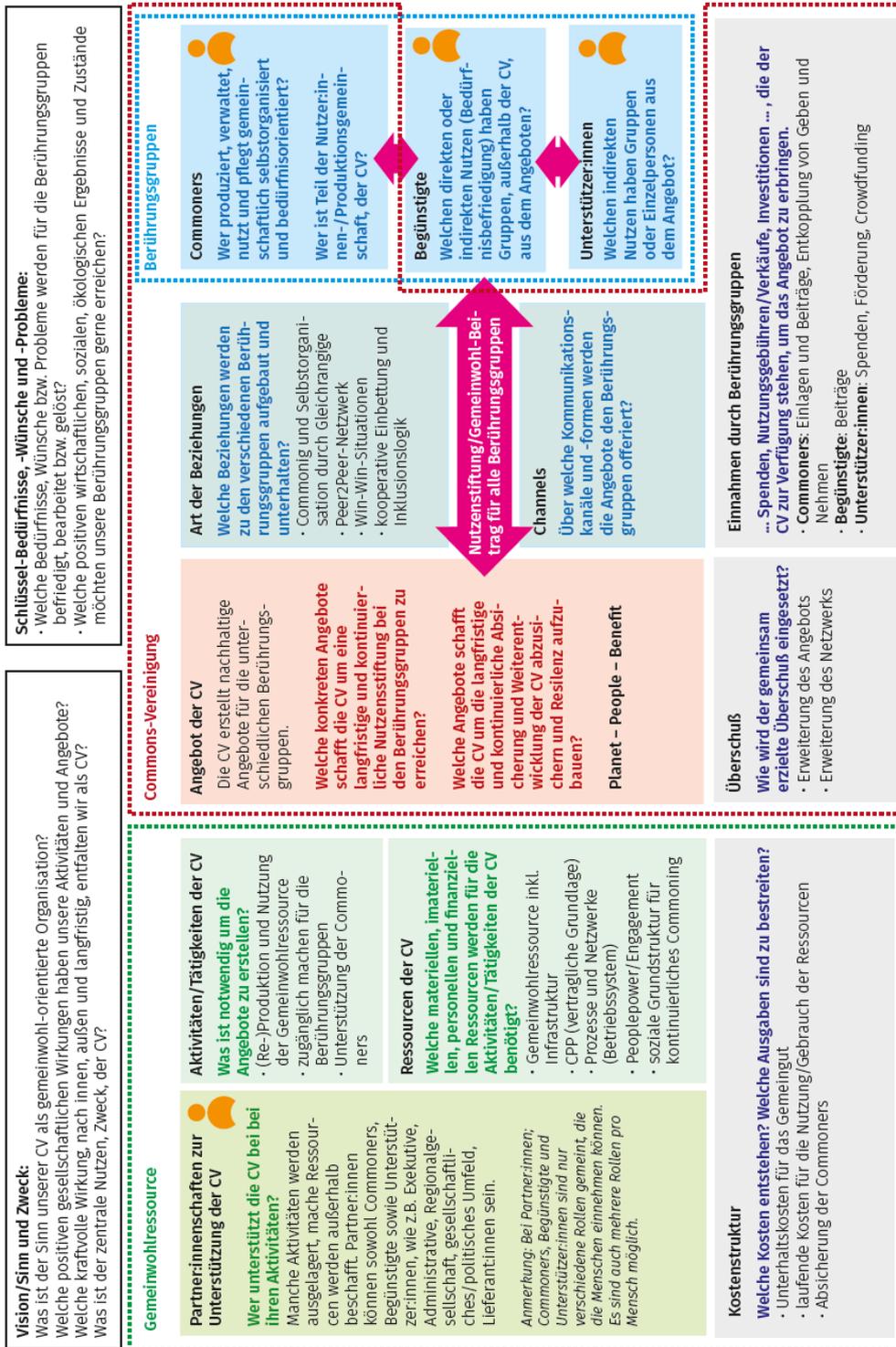
8.1 Übersicht: Commons-gemäß Organisieren

1. Tätigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> – Materielles – Immaterielles 	(Re-)Produktion und Pflegenutzung werden als gleichwertig anerkannt und kontextangepasst organisiert
2. Geben & Nehmen	<ul style="list-style-type: none"> – Materielles – Zeitliches 	Beiträge tragen das Gemeinsame ohne Zwänge und die Verteilung der Erträge ist nicht direkt an Gegenleistungen gekoppelt
3. Innere Struktur	<ul style="list-style-type: none"> – Entscheidungsfindung – Regel(durch)setzung – Konfliktmanagement 	Die Beteiligten richten sich als Gleichrangige in Vielfalt gemeinsam aus, geben sich selbst beziehungsfördernde Strukturen und Regeln und sorgen für deren Einhaltung
4. Schnittstellen	<ul style="list-style-type: none"> – Umfeld/Kontext – Zugehörigkeit 	Halbdurchlässige Membranen fördern und schützen kooperative Einbettung und Inklusionslogik der Organisation
5. Zweckbindung	<ul style="list-style-type: none"> – Gesellschaftliche Verantwortung – Schutz gegen Wachstumszwang, Tausch- und Eigentumslogik 	Die suffiziente Befriedigung der Bedürfnisse der Beteiligten (einschließlich nicht-menschlicher Mitwelt) stehen im Mittelpunkt

Arbeitsfassung der Präsentation "Commons-gemäß organisieren" von Johann Steudle und Johannes Euler (Commons-Institut), erstmals gehalten am 17.03.2022 im CoLab Bremen (CC BY 4.0)

8.2 Commons-Public Partnership Canvas

Commonsmodell für Commons-Vereinigung (CV)



Commons-Modell Version 1.0 von *Christhardt Otto Landgraf* unter *CC-BY 4.0*: „Das Commons Modell hilft eurer Commons-Vereinigung dabei, eure Aktivitäten, eure regionale Einbettung euren Gemeinwohlbeitrag und Nutzen nach außen hin begreifbar zu machen.“

9. Literatur

- Bauwens, M., Kostakis, V.** (2015): Towards a New Reconfiguration Among the State, Civil Society and the Market. In: *Journal of Peer Production*, 7. ISSN: 2213-5316. Online verfügbar unter: <http://www.p2plab.gr/en/wp-content/uploads/2016/02/Journal-of-Peer-Production.pdf>
- Bauwens, M., Kostakis, V. and Pazaitis, A.** (2019): *Peer to Peer. The Commons Manifesto*. London: University of Westminster Press.
- Bosch, P.** (2020): "Was wird aus der Zukunft unserer Kinder?". In: *Südostasien. Zeitschrift für Politik, Kultur, Dialog* 1/2020.
- Brand, St.; Römer, D.** (2022): Öffentliche Investitionsbedarfe zur Erreichung der Klimaneutralität in Deutschland. KfW Research. Fokus Volkswirtschaft Nr. 395. Online verfügbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2022/Fokus-Nr.-395-Juli-2022-Oeffentliche-Investitionsbedarfe.pdf?kfwnl=Research.19-07-2022.1355390>
- Brocchi, D.** (2019): Große Transformation im Quartier. Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird. München, Oekom.
- Bundesministerium des Innern und für Heimat** (2022): Verfassungsschutzbericht 2021. ISSN 0177-0357. S. 102 ff. Online verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2021-gesamt.pdf;jsessionid=56F6502439A833FF05D6978284799B3F.1_cid287?__blob=publicationFile&v=4
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klima** (2021): Eckdaten der deutschen Automobilindustrie, online verfügbar unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Textsammlungen/Branchenfokus/Industrie/branchenfokus-automobilindustrie.html>, Zugriff am 26.7.2022.
- Creutzig, F.** (2020): Limits to Liberalism: Considerations for the Anthropocene, in: *Ecological Economics*, 177, 106763.
- Degens, Ph.; Lapschies, L.** (2021): *Zivilgesellschaftliches Wirtschaften. Ein konzeptioneller Vorschlag*. Wiesbaden: Springer.
- Dettmer, M. et al** (2022): Jetzt brennt die Hütte, in *Der Spiegel*, Nr. 29 vom 16.07.2022, S. 6-15.
- Escobar, A.** (2018): *Designs for the Pluriverse. Radical Interdependence, Autonomy, and the Making of Worlds*. Duke University Press, Durham/London. S. 184 ff.
- Euler, J.** (2018): Conceptualizing the Commons. Moving Beyond the Good-based Definition by Introducing the Social Practices of Commoning as Vital Determinant. In: *Ecological Economics*, 143, 01/2018, S. 10-16. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2017.06.020
- Exner, A.; Kratzwald, B.** (2021): *Solidarische Ökonomie & Commons. Eine Einführung*. Berlin/Wien: Mandelbaum.
- Feichtner, I.** (2021): Transformationsrecht Fokus: Commons Public Partnerships. Online verfügbar unter: <https://www.jura.uni-wuerzburg.de/lehrstuehle/feichtner/lehre/law-clinic/law-clinic/transformatonsrecht-fokus-commons-public-partnerships/>
- Foundational Economy Collective** (2019): *Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Suhrkamp, Berlin.
- Filippo, B.; Jones, I. R.** (2022): *The Foundational Economy and Citizenship. Comparative Perspectives on Civil Repair*. Policy Press/Bristol University Press.
- Fitzpatrick, N.; Parrique, T.; Cosme, I.** (2022): Exploring degrowth policy proposals. A systematic mapping with thematic synthesis. In: *Journal of Cleaner Production*, Bd. 365. DOI: 10.1016/j.jclepro.2022.132764
- Foster, Sh. R.; Iaione, Ch.** (2019): *Ostrom in the City. Design Principles and Practices for the Urban Commons*. In: Hudson, B.; Rosenbloom, J.; Cole, D. (Eds.): *Routledge Handbook of the Study of the Commons*. London/New York: Routledge.

- Fraser, N.** (2016): Contradictions of Capital and Care. In: *New Left Review* 100, S. 99-117. Online verfügbar unter: <https://newleftreview.org/issues/ii100/articles/nancy-fraser-contradictions-of-capital-and-care>
- Fraser, N.; Jaeggi, R.** (2020): *Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie.* Suhrkamp, Berlin.
- Fraunhofer Innovation** (2022): *Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz. Lehren aus Corona.* Policy Brief. Online verfügbar unter: https://www.kresco.fraunhofer.de/content/dam/int/kresco/documents/KResCo_Bev%C3%B6lkerungsschutz.pdf
- Fuchs, C.** (2018): Appropriation of Digital Machines and Appropriation of Fixed Capital as the Real Appropriation of Social Being: Reflections on Toni Negri's Chapter. In: Chandler, D. and Fuchs, C. (eds.) *Digital Objects, Digital Subjects: Interdisciplinary Perspectives on Capitalism, Labour and Politics in the Age of Big Data.* Pp. 215–221. London: University of Westminster Press. DOI: <https://doi.org/10.16997/book29.s>
- Fuchs, C.** (2020): *Communication and Capitalism. A Critical Theory.* London, University of Westminster Press. DOI: <https://doi.org/10.16997/book45>
- Graeber, D.** (2017): *Bürokratie. Die Utopie der Regeln.* Goldmann, München.
- Gröger, J. et al.** (2018): Entwicklung und Anwendung von Bewertungsgrundlagen für ressourceneffiziente Software unter Berücksichtigung bestehender Methodik. Abschlussbericht. *Texte 105/2018.* Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-12-12_texte_105-2018_ressourceneffiziente-software_0.pdf
- Große Kracht, H.-J.; Hagedorn, J.** (2021): Politik und Ökonomie der Gemeingüter. Bericht zu den 11. Heppenheimer Tagen zur christlichen Gesellschaftsethik. In: *Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften*, 62, S. 413-420. DOI: 10.17879/jcsw-2021-3558
- Hackfort, S. et al.** (2019): *Die Zukunft im Blick. Sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Trends der Ressourcenschonung.* Umweltbundesamt (UBA), ISSN 2363-832X, S. 22 f. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/uba_trendradar_buch_01.pdf
- Hahnel, R.** (2021): *Democratic Economic Planning.* Routledge Frontiers of Political Economy. Routledge, London/New York.
- Hanusch, F.; Biermann, F.** (2019): Deep-time organizations. Learning institutional longevity from history. In: *The Anthropocene Review.* Band 7, Nr. 1, 10. November 2019, S. 19–41, doi:10.1177/2053019619886670.
- Harney, St.; Moten, F.** (2016): *Die Undercommons. Flüchtige Planung und schwarzes Studium.* transversal, Wien. Online verfügbar unter: <https://transversal.at/media/pdf/undercommons-de.pdf>
- Haude, R.** (2019): *Fraktale Gesellschaften.* In: Haude, R.; Wagner, Th. (Eds.): *Herrschaftsfreie Institutionen. Texte zur Stabilisierung staatsloser egalitärer Gesellschaften.* Verlag Graswurzelrevolution.
- Helfrich, S.; Knaffl, T.; Meretz, St.** (2021): *Commons statt Gemeinschaft. Anders bauen und wohnen.* In: Holm, A.; Lairner Ch. (Hrsg.): *Gemeinschaftliches Wohnen und selbstorganisiertes Bauen.* TU Wien Academic Press, Wien.
- Helfrich, S.; Bollier, D.** (2014): Commons als transformative Kraft. Zur Einführung. In: Helfrich, S.; Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat.* Bielefeld, Transcript. S. 15-23.
- Helfrich, S.** (2017): Commons Public Partnerships oder: Was aus öffentlichen Duschen werden kann (2/2), in: *CommonsBlog* (abgerufen 18.07.2022) <https://commons.blog/2017/04/07/commons-public-partnerships-oder-was-aus-oeffentlichen-duschen-werden-kann-22/>
- Helfrich, S.; Bollier, D.** (2019): *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons.* Bielefeld, Transcript.
- Helfrich, S.; Euler, J.** (2021): Commons und Commoning. *Zeitschrift für Gemeinwirtschaft und Gemeinwohl*, Jg. 44, Heft 1.
- Hermann, Ch.** (2021): *The Critique of Commodification. Contours of a Post-Capitalist Society.* Oxford University Press, New York.
- Heron, K.; Milburn, K.; Russell, B.** (2021): *Public-Common Partnerships. Democratising ownership and urban development.* CommonWealth. Online verfügbar unter: <https://www.commonwealth.co.uk/interactive-digital-projects/a-new-model>

- Höfner, A.; Frick, V.** (2019): Was Bits und Bäume verbindet. Digitalisierung nachhaltig gestalten. München, Oekom.
- Homer-Dixon, Th et al. (2021): A Call for An International Research Program on the Risk of a Global Polycrisis. Online verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=4058592> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4058592>
- IPCC** (2018) Summary for Policymakers of IPCC Special Report on Global Warming of 1.5°C approved by governments. Online verfügbar unter: <https://www.ipcc.ch/2018/10/08/summary-for-policymakers-of-ipcc-special-report-on-global-warming-of-1-5c-approved-by-governments/>
- Kemp, L. et al.** (2022): Climate Endgame. Exploring catastrophic climate change scenarios. In: PNAS Earth, Atmospheric, and Planetary Sciences 119 (34). DOI: 10.1073/pnas.2108146119
- Kemper, A.** (2022): Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus. Unrast, Münster, ISBN 978-3-89771-175-4.
- Kim, M. E.** (2022): Über Kritik hinausgehen. Kreative Interventionen und Rekonstruktionen kollektiver Verantwortungsübernahme. In: Loick, D.; Thompson, V. E. (Eds.): Abolitionismus. Ein Reader. Berlin: Suhrkamp.
- Kubaczek, N.; Raunig, G.** (2017): Die politische Neuerfindung der Stadt. Eine Einführung zu den aktuellen municipalistischen Bewegungen in Spanien. In: Brunner, Ch. et al. (Eds.): Die neuen Municipalismen. Soziale Bewegungen und die Regierung der Städte. Transversal, Wien. Online verfügbar unter: <https://transversal.at/media/municipalismen.pdf>
- Lomfeld, B.** (2021): Verantwortungseigentum! In: Verfassungsblog: On Matters Constitutional. Online unter: <https://verfassungsblog.de/verantwortungseigentum/>. 10.17176/20210313-153915-0
- Lawson, A.** (2020): Beyond the Market. A "Public-Commons-Partnership" for Housing. CUNY Academic Works. In: Urban Review. Online verfügbar unter: https://academicworks.cuny.edu/cgi/view-content.cgi?article=1750&context=hc_pubs
- Lepenies, Ph.** (2022): Verbot und Verzicht. Politik aus dem Geiste des Unterlassens. Suhrkamp, Berlin. S. 262
- Loick, Daniel** (2016): Der Missbrauch des Eigentums. Berlin, August Verlag.
- Madjlessi-Roudi, S.** (2022). Ordnen und Regieren. Das Konzept 'Zivilgesellschaft' in der deutschen Entwicklungspolitik. Eine postkoloniale Diskursanalyse. Edition DISS 48. Münster, Unrast Verlag.
- Malone, Th. W.; Bernstein, M. S.** (Eds., 2015): Handbook of Collective Intelligence. MIT Press, Cambridge, MA. Online verfügbar unter: <https://cci.mit.edu/CIchapterlinks/>
- Mayer, M.** (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 1/2013. S. 155-168.
- Mazzucato, M.** (2020): Mission Economy. A Moonshot Guide to Changing Capitalism. Penguin, London. S. 193/194, 202/203
- McLeod, A. M.** (2022): Abolitionistische Demokratien entwerfen. In: Loick, D.; Thompson, V. E. (Eds.): Abolitionismus. Ein Reader. Berlin: Suhrkamp.
- McGrath, S. et al** (2012): Disciplining Community Agencies. The Pressure to partner, in Canadian Social Work Review, Volume 29, Nr 1.
- Milburn, K.; Russell, B. T.** (2019): Public-Common Partnerships. Building New Circuits of Collective Ownership. Common Wealth. Online verfügbar unter: <https://www.common-wealth.co.uk/reports/public-common-partnerships-building-new-circuits-of-collective-ownership>
- Milburn, K.; Russell, B. T.** (2019): How 'Public-Common Partnerships' Can Help Us Take Back What's Ours, in novara media. Online verfügbar unter: <https://novaramedia.com/2019/07/10/how-public-common-partnerships-can-help-us-take-back-whats-ours/> (Zugriff am 31.07.2022).
- Nanz, P. et al.** (2021): A modern administration is a prerequisite for Germany's future viability and democracy. Eight fields of action for the next federal government (1.0). Zenodo. <https://doi.org/10.5281/zenodo.5584156>
- Nassauer, J. I.; Raskin, J.** (2014): Urban vacancy and land use legacies: A frontier for urban ecological research, design, and planning. In: Landscape and Urban Planning 125, S. 245-253. <https://doi.org/10.1016/j.landurbplan.2013.10.008>
- Ostrom, E.** (1999): Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, Bd. 104. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)

- Perino, A. et al.** (2019): Rewilding complex ecosystems. In: *Science*, Bd. 364, Nr. 6438. DOI: 10.1126/science.aav5570
- Peters, O.; Adamou, A.** (2022): The ergodicity solution of the cooperation puzzle. In: *Philos. Trans. R. Soc. A*, 380 (2227). DOI: 10.1098/rsta.2020.0425
- Renn, O.** (2022). Anforderungen an ein tragfähiges Konzept der Nachhaltigkeitsforschung. *Nachhaltigkeitsrecht: Zeitschrift für das Recht der nachhaltigen Entwicklung*, 2(1), 6-17. <https://doi.org/10.33196/nr202201000601>
- Röhner, C.** (2021): Jenseits des Marktindividualismus. Soziale Demokratie und Vergesellschaftung als solidarische Perspektiven im Recht. In: *Susemichel, L.; Kastner, J. (Eds.): Unbedingte Solidarität*. Münster: Unrast. S. 237-252.
- Ruferra, S.** (2009). Chancen und Risiken von öffentlich-privaten Partnerschaften (Public Private Partnerships) aus Sicht der öffentlichen Hand. In: *Pechlaner, H., von Holzschuher, W., Bachinger, M. (Eds.): Unternehmertum und Public Private Partnership*. Wiesbaden: Gabler. DOI: 10.1007/978-3-8349-8439-5_4
- Russell, B.; Milburn, K.; Heron, K.** (2022): Strategies for a new municipalism. Public-common partnerships against the new enclosures. In: *Urban Studies*. DOI: 10.1177/00420980221094700
- Steffen, W. et al.** (2015): Planetary boundaries. Guiding human development on a changing planet, in: *Science*.
- Steinke, R.** (2022): *Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich. Die neue Klassenjustiz*. Berlin Verlag, Berlin, ISBN 978-3827014153.
- Rendueles, C.** (2015): *Soziophobie. Politischer Wandel im Zeitalter der digitalen Utopie*. Suhrkamp, Berlin.
- Sack, D.** (2019). Public Private Partnership/Öffentlich-Private Partnerschaften. In: *Veit, S., Reichard, C., Wewer, G. (Eds.): Handbuch zur Verwaltungsreform*. Wiesbaden: Springer. DOI: 10.1007/978-3-658-21563-7_25
- Sinner, J. et al.** (2022): Crafting Collective Management Institutions in Messy Real-World Settings: A Call for Action Research. *International Journal of the Commons*, 16(1), 1–13. DOI: <http://doi.org/10.5334/ijc.1145>
- Stadt von unten** (2021): Auskooptiert. Warum Stadt von Unten das Kooperationsverfahren zum Dragonerareal verlässt, online verfügbar unter: <https://stadtvonunten.de/auskooptiert-warum-stadt-von-unten-das-kooperationsverfahren-zum-dragonerareal-verlaesst/> (Zugriff am 29.07.2022).
- Terkissidis, M.** (2015): *Kollaboration*. Suhrkamp, Berlin. S. 19, 20, 31, 27
- Transformation Haus und Feld** (2021): Skizzen für ein Transformationszentrum für alle am Flughafen Tempelhof, online verfügbar unter: https://transformation-haus-feld.de/wp-content/uploads/2021/11/THF_Skizzenpapier-NOV2021-download.pdf (Zugriff am 29.07.2022).
- Troncoso, St.; Utratel, A. M.** (2020): Care before Code. Supporting the Development of Distributed Co-operative Organisations (DisCOs). In: *Muldoon, J.; Stronge, W. (Eds.): Platforming Equality. Policy Challenges for the Digital Economy*. *Autonomy Research*. S. 58-72. Online verfügbar unter: <https://ore.exeter.ac.uk/repository/bitstream/handle/10871/122957/Report%20Final%20210920%20V3.pdf?sequence=1&isAllowed=y>
- van Dyk, S.; Haubner, T.** (2021): *Community-Kapitalismus. kleine reihe*. Hamburger Edition/Mittelweg 36, Hamburg.
- Werner, C. et al.** (2022): Potential of Land-Neutral Negative Emissions Through Biochar Sequestration. In: *Earth's Future* 10 (7). DOI: 10.1029/2021EF002583
- Zechner, M.** (2021): *Commoning Care & Collective Power. Childcare Commons and the Micropolitics of Municipalism in Barcelona*. *Transversal*, Wien. Online verfügbar unter: <https://transversal.at/media/commoningcare.pdf>

10. Zu den Autor*innen

Judith Pape

Judith Pape ist eine selbstständige Soziologin, Moderatorin und Campaignerin an der Kreuzung von Demokratie- und Klimagerechtigkeitsgruppen. Sie erlangte den M.A. Soziologie an der Universität Freiburg i. B. mit einer Arbeit zum Diskursphänomen der "grünen Schuld" als transformationshemmender Faktor in neoliberal geprägten Gesellschaften.

Seit 2020 begleitet sie die Anbahnung und Implementierung unterschiedlicher lokaler sozialökologischer Transformationsprozesse von zivilgesellschaftlicher Seite. Mit KIEZconnect moderiert sie in Berlin sog. offene Kiezversammlungen, in denen Nachbar*innen Selbstorganisation lernen und gemeinsam sozialökologische Projekte starten. Sie ist außerdem in der im Papier erwähnten Initiative „Transformation Haus und Feld“ aktiv. Dort setzt sie sich für die Entwicklung eines *Transformationszentrums für alle* am ehemaligen Flughafen Tempelhof ein, in dem die Bürger*innen Berlins und Brandenburgs das nötige Praxiswissen und Lösungen für die sozial-ökologische Transformation erlernen können. Am IASS untersucht Judith Pape als Junior Fellow die Möglichkeitsbedingungen von Commons-Public Partnerships und ihr Potenzial für die sozial-ökologische Transformation.

Paul Jerchel

ORCID: 0000-0001-5798-7238

Paul Jerchel studierte Politik & Wirtschaft an der Universität Potsdam und ist derzeit Student der Mechatronik an der Berliner Hochschule für Technik (BHT), dessen Kuratoriumsmitglied er war.

Am IASS war er 2018 und 2020 als studentische Hilfskraft der Forschungsgruppe "Ko-Kreation und zeitgemäße Politikberatung" sowie zum Strukturwandel in der Lausitz tätig. Weitere studentische Nebentätigkeiten führten ihn ans Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM), den Deutschen Bundestag und die Geschäftsstelle der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren. Zur Zeit ist er beratend für verschiedene Institutionen der öffentlichen Hand tätig. Jerchel war Gutachter der Stiftung Innovation in der Hochschullehre, Jurymitglied der Network Science Society (NetSci) und Co-Autor für das Gathering for Open Science Hardware (GOSH). Er ist ehrenamtliche Führungskraft im Zivil- und Katastrophenschutz.



Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)

Das IASS forscht mit dem Ziel, Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen, zu befördern und zu gestalten, in Deutschland wie global. Der Forschungsansatz des Instituts ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Die Entwicklung des Problemverständnisses und der Lösungsoptionen erfolgen in Kooperationen zwischen den Wissenschaften, der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation. Gefördert wird das Institut von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg.

IASS Discussion Paper

September 2022

Kontakt:

Judith Pape: judith.pape@iass-potsdam.de

Paul Jerchel: paul.jerchel@bht-berlin.de

Adresse:

Berliner Straße 130

14467 Potsdam

Tel: +49 (0) 331-28822-340

Fax: +49 (0) 331-28822-310

E-Mail: media@iass-potsdam.de

www.iass-potsdam.de

ViSdP:

Prof. Dr. Mark G. Lawrence,

Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor

DOI: [10.48481/iass.2022.039](https://doi.org/10.48481/iass.2022.039)

